

Bürgerinitiative Braunschweig Südwest

Alternative Machbarkeitsprüfung zum geplanten interkommunalen Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter



Verfasser: Edgar Vögel (Vorsitzender der Bürgerinitiative)

Andreas Janke (Dipl.-Wi-Ing. im Energie- und Umweltmanagement)

Datum: 28.04.2018

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, Edgar Vögel, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig angefertigt habe. Es wurden nur die in der Arbeit ausdrücklich benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches gekennzeichnet.

Die Machbarkeitsstudie darf mit Angabe der Quelle frei verwendet werden. Der zu ihrer Erstellung aufgewendete Etat betrug ca. 1/100.000 des Etats der offiziellen Machbarkeitsstudie.

Das Dokument wurde in ausschließlich ehrenamtlicher Arbeit erstellt. Es wurden, bis auf das Teilgutachten zur "faunistischen und floristischen Bestandserfassung" ausschließlich öffentlich zugängliche Quellen verwendet. Einige der hier aufgeführten Zahlenwerte beruhen auf eigenen Messungen bzw. Zählungen.



Braunschweig, den 28.04.2018

Edgar Vögel

Kurzzusammenfassung

Diese alternative Machbarkeitsstudie hat das Ziel, den Behauptungen zum geplanten interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter mit Fakten zu begegnen.

Nach intensiver Recherche zur Machbarkeit ist das Ergebnis:

- Es besteht keine Machbarkeit für die Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets an dem geplanten Standort.

Die Handlungsempfehlung an die Stadträte der Städte Braunschweig und Salzgitter lautet:

- Keine Weiterverfolgung der Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets

Inhaltsverzeichnis

1	Zusammenfassung für den Entscheider	6
1.1	Zielformulierung	6
1.2	Ergebnisse	6
1.3	Handlungsempfehlung.....	9
2	Chronologie.....	10
3	Welches Gebiet?	13
4	Lärm durch Straßenverkehr	16
4.1	Timmerlah	16
4.2	Üfingen.....	17
5	Lärm durch Schienenverkehr	18
6	Beeinflussung des Stadtklimas.....	23
6.1	Gutachterempfehlung:	24
6.2	Klimafunktionskarte.....	25
6.3	Planungshinweiskarte	27
6.4	Antworten der Stadt auf Anfragen	28
7	Klima- und Artenschutz	30
8	Bodenschutz.....	32
8.1	Bodenschutz in Deutschland	33
8.2	Reduktion des Flächenverbrauchs.....	34
9	Die beauftragte Machbarkeitsstudie der Städte.....	35
9.1	Kritische Betrachtung der Machbarkeitsstudie	37
10	Atom Müll	38
10.1	Eingangslager am Übergabebahnhof Beddingen.....	40
11	Bedarf an Gewerbeflächen	41
12	Schaffung von Arbeitsplätzen	48
13	Transparenz.....	50
13.1	Verkleinerte Alternativfläche	51
14	Fokus auf Salzgitter.....	53
14.1	Beispiel für eine naturschutzwidrige Nutzung in Salzgitter	54
14.2	Die Lebenswertigkeit in Salzgitter	55
15	Sicherheitskonzept	58

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets.....	13
Abbildung 2: Übersicht der alternativen Flächen.....	15
Abbildung 3: Timmerlah (Bahnlinie – In den Triften Entfernung 200m; Bahnlinie – Timmerlahstr. Entfernung 230m).....	21
Abbildung 4: Stiddien (Entfernung Bahnlinie – Untere Dorfstr. 225M).....	22
Abbildung 5: Geitelde (Bahnlinie – Am Friedhof Entfernung 830m).....	22
Abbildung 6: Windrichtungsverteilung getrennt nach Windgeschwindigkeiten für die Statistik Braunschweig, 2001 - 2010	23
Abbildung 7: Schema der Bereiche mit Freiflächen, die auf der Planungshinweiskarte eine sehr hohe klimatisch-lufthygienische Ausgleichsfunktion aufweisen	24
Abbildung 8: Ausschnitt aus der Klimafunktionskarte.....	26
Abbildung 9: Planungshinweiskarte mit markierter regionaler Luftleitbahn (schwarzer Pfeil).....	28
Abbildung 10: Darstellung der Bodenqualität mit Verweis auf das Gebiet (gelber Pfeil).....	32
Abbildung 11: Foto vom Schacht Konrad.....	38
Abbildung 12: Luftbild vom Bahnhof Beddingen.....	40
Abbildung 13: Verkaufte Flächen nach Jahren	42
Abbildung 14: Luftbild des geplanten Gewerbegebiets Bahnstadt	45
Abbildung 15: Auszug aus dem Flyer der Bürgerinitiative Salzgitter	56

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Aufteilung der geplanten Fläche	13
Tabelle 2: Auszug aus den gesperrten Zuwegen 2017/2018	17
Tabelle 3: Messergebnisse im Überblick.....	19
Tabelle 4: Verkaufsaufkommen Züge	20
Tabelle 5: Planungsempfehlung für Freiflächen.....	25
Tabelle 6: Geschützte Tiere im geplanten Gewerbe- und Industriegebiet.....	31
Tabelle 7: Auftragnehmer für die Gutachter der Machbarkeitsstudie	36
Tabelle 8: Kosten für das Gutachten.....	36
Tabelle 9: Anzahl und Flächen der Gewerbegebiete	46

1 Zusammenfassung für den Entscheider

1.1 Zielformulierung

Die Städte Braunschweig und Salzgitter haben eine Machbarkeitsstudie zum geplanten interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet in Auftrag gegeben.

Ziel dieser Machbarkeitsstudie – erstellt durch die Bürgerinitiative Braunschweig Südwest – ist es, alle Fakten kritisch zu hinterleuchten und eine Gegenposition zu den Argumenten der Befürworter zu untermauern.

1.2 Ergebnisse

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Bis heute werden Lokalpolitik und Öffentlichkeit über die tatsächliche Größe des geplanten Gebietes im Unklaren gelassen (325ha, 300ha, 255ha)
2. Schon heute ist der Straßenverkehr in einigen Anliegerorten stark belastend, ein weiteres Anwachsen würde ihn für die Anwohner unerträglich machen.
3. Der Bahnlärm übersteigt z.B. in Timmerlah schon jetzt die zulässigen Grenzwerte, auch hier ist mehr erst recht zu viel, ein Schallschutz überhaupt nicht vorhanden.
4. Durch vorherrschende Winde aus Südwest bis West gelangt frische Luft bis ins Stadtzentrum Braunschweigs. Eine Bebauung in der Hauptwindrichtung würde das Stadtklima erheblich gefährden.
5. Die Böden im geplanten Gebiet sind die besten in West- und Mitteleuropa; ihre unwiederbringliche Zerstörung ist unverantwortlich gegenüber Landwirten und Verbrauchern und eine nicht zu rechtfertigende Kulturbarbarei ersten Ranges.

6. Die fortschreitende Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen widerspricht internationalen und nationalen Bodenschutzzielen, die aber offenbar nicht für Braunschweig-Salzgitter gelten.
7. Die Reduzierung des Flächenverbrauchs - ein wesentliches nationales Nachhaltigkeitsziel seit 2005 aller Bundesregierungen - scheint in Braunschweig-Salzgitter noch völlig unbekannt zu sein.
8. Eine - wie der Öffentlichkeit propagierte - "Ergebnisoffenheit" der Machbarkeitsstudie ist reine Fiktion, das lassen die Begleitumstände und Äußerungen der Beteiligten erkennen.
9. Über den Übergabebahnhof Beddingen soll ab 2027 ca. 90% des Atommülls für Schacht Konrad umgeschlagen werden, ohne dass die beiden Städte darauf irgend einen Einfluss hätten - eine attraktive und werbewirksame Bahnanbindung zu einem Industrie- und Gewerbegebiet sieht möglicherweise anders aus.
10. Den Beweis und die entsprechende rechtliche Begründung, einen rechtssicheren Ausschluss "atomaffinen Gewerbes" sichern zu können, sind die Protagonisten bis heute schuldig geblieben. Ohne den aber kann und darf es dieses Gebiet nie und nimmer geben.
11. Den Initiatoren ist aus hauseigenen Konzepten bekannt, dass "monofunktional konzipierte Gewerbegebiete am Rand der Stadt" ein Auslaufmodell darstellen und dass es eine Reihe von Alternativen gibt.
12. Auch wenn im Gewerbeflächenentwicklungskonzept, der Stadt Braunschweig festgestellt wird: "Wie dargelegt ist kaum seriös zu prognostizieren, wie viel Gewerbeflächen zukünftig gebraucht werden", so wird genau dies ständig gemacht und damit der vermeintlich hohe Bedarf begründet.
13. Die meisten Betriebe suchen nur kleine Flächen und die meisten Betriebe haben auch sehr spezifische Anforderungen an ihr Umfeld - das ist der Stadt Braunschweig und ihrem OB wohlbekannt.
14. Mit aktuell verfügbaren Flächen von 37,5ha und auf den Weg gebrachten von 144ha (Wohnen und Gewerbe) im Bahnhofsbereich ("Bahnstadt") wird die Stadt auch in den

nächsten 10-15 Jahren keinen Flächenmangel haben (im letzten Jahr wurden in Braunschweig 1,1ha verkauft!).

15. Sie müssen allerdings von der Vorstellung Abschied nehmen, für jeden Flächenanspruch und jedes laute und schmutzige Gewerbe mit 24-Stunden-Schichtbetrieb Industrieflächen vorhalten zu wollen, dafür ist das Image von Braunschweig auch viel zu schade, von den noch verbliebenen grünen Flächen ganz zu schweigen, ohne die das Image nicht zu halten ist.
16. In den angrenzenden Städten und Landkreisen sind zurzeit über 450ha Gewerbeflächen frei (Peine über SZ, WF und WOB). Glaubt wirklich jemand an ein so riesiges Wachstum, das diese immensen Flächen in der Region in den nächsten Jahren alle verkauft werden könnten? Dazu jetzt noch 300ha interkommunal obendrauf?!
17. In Zeiten eines eklatanten und allseits beklagten Fachkräftemangels, des teils dramatisch verringerten Bedarfs an gewerblichen Arbeitskräften in den nächsten Jahrzehnten durch die "Industrie 4.0" kann es weder einen Flächenbedarf wie bisher geben (allenfalls Umsiedlungen), noch gar höhere Gewerbesteuererinnahmen. Damit rechnen sich auch mehr und zusätzliche Flächen gar nicht. Die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden und produzierenden Gewerbe wird vielmehr deutlich abnehmen.
18. Angemessene Reaktionen auf diese Entwicklung hat die Stadt selbst längst angestoßen ("Integriertes Stadtentwicklungskonzept, ISEK"; "denk deine Stadt"), die Gul-Pläne repräsentieren das Denken von gestern.
19. Mit der hochverschuldeten (aktuell ca. eine halbe Milliarde Euro) Stadt Salzgitter hat Braunschweig einen Partner, der die Investitionen in ein weiteres Gul-Gebiet nur unter den Bedingungen eines wirtschaftlichen Selbstmordes leisten könnte. Zudem hat Salzgitter mit "Watenstedt" und dessen Entvölkerung und anschließender Umwandlung in ein Industriegebiet ein für seine finanziellen Verhältnisse ohnehin sehr ambitioniertes Projekt auf den Weg gebracht (und dazu ein Weiteres aus der Kategorie "Laut und schmutzig").
20. Die Lebensqualität der Bewohner Salzgitters, die an der Grenze zum geplanten Gul-Gebiet wohnen, ist schon bis dato stark eingeschränkt. Sie sind umzingelt von industriellen Großunternehmen, Autobahn A39 mit 90000 Kfz pro Tag, ohne Schallschutz, massivem Durchgangs- und Zulieferverkehr und ohne jegliche positive Entwicklungsperspektive ihren vorwiegend dörflichen Strukturen. Überall ist Schacht Konrad in Sichtweite, das Symbol einer Atomüllregion. Jetzt soll auch noch die einzige größere grüne Fläche in der Nähe in ein 24-Stunden-Industrie-/Gewerbegebiet verwandelt werden.

21. Beispielhafte Entscheidung: Keine Kartbahn in Üfingen - nicht immer freie Fahrt für kleine und laute Monster, wenn eine Stadt aufpasst, konsequent handelt und den Naturschutz ernst nimmt!
22. Auch auf intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen leben spezifische angepasste streng geschützte Wirbeltierarten wie Hamster und Lerchen. Ihnen ein Weiterleben zu ermöglichen (wenn überhaupt machbar), würde einen hohen kompensatorischen, organisatorischen und finanziellen Aufwand erfordern - mit keineswegs gesichertem Ausgang.
23. Zu den Kosten für ökologische Ausgleichsmaßnahmen (4-5 Mio. €) addiert sich der finanzielle Aufwand für Landerwerb. Hinzu kommt der Betrag, um für die Landwirte Ausgleichsflächen zu beschaffen (die es allerdings in gleicher Qualität in 1.000 km Entfernung gar nicht gibt!). Mit den Erschließungskosten der Fläche summiert sich das für beide Partner jeweils auf zweistellige Millionenbeträge als Gesamtkosten.
24. Sicher ist nur, dass es nicht sicher ist. Wohl ohne Sicherheitskonzept und weit entfernt von der nächsten Polizeidienststelle soll hier rund um die Uhr gearbeitet werden. Womöglich kommen noch andere "Aktivitäten" hinzu - welche - das wird man vielleicht nachträglich aus den Polizeiberichten erfahren.

1.3 Handlungsempfehlung

Aus den oben genannten Gründen lautet die Handlungsempfehlung an die Entscheider der Städte Braunschweig und Salzgitter:

- Keine Weiterverfolgung der Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets

2 Chronologie

- 2005 Der Rat der Stadt *Braunschweig* beschließt eine Vorkaufssatzung für den Braunschweiger Teil eines potenziellen GE/GI-Gebietes mit dem Ziel, den Eigentumsanteil der Stadt zu erhöhen.
- 02.04.16 Die OBs der beiden Städte stellen der Presse Pläne für ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet vor, die BZ titelt: „Über das Geld einigen wir uns schon“. Vorab soll eine „Machbarkeitsstudie“ erstellt werden, deren Funktion der OB von SZ (laut BZ) so sieht: „Es geht dabei aber wohl nicht um das Ob, sondern um das Wie. Das Gebiet soll kommen.“
- 03.05.16 Einstimmiger Beschluss des Stadtrats in Braunschweig eine Machbarkeitsstudie zum interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet in Auftrag zu geben. Sie solle „ergebnisoffen“ sein, heißt es.
- 15.06.16 Mehrheitsbeschluss (gegen die Stimmen der Grünen) für die Erstellung der Machbarkeitsstudie im Rat der Stadt Salzgitter.
- 11.09.16 Bei der Kommunalwahl im September verliert die SPD gegen den Trend 13,9% und fällt im Stadtbezirk 222 auf 37,1%, während die CDU (ebenso gegen den Trend) 3,6% hinzugewinnt und stärkste Partei wird. Beide erhalten je 3 Mandate. Erstmals zieht die BIBS (9,6%, 1 Mandat; als erklärte Gegnerin der Pläne) mit Niels Salveter in den Bezirksrat ein.
- 11/2016 Fr. Kark (CDU) und Hr. Dobberphul (SPD) erklären beide schriftlich ihre Ablehnung des Gebietes. Gewählt wird Fr. Kark als Bezirksbürgermeisterin; Stellv. Niels Salveter (BIBS); in der Folge positioniert sich Hr. D. dann aber wieder als Befürworter, so bereits am 16.05. im Stadtrat.
- 21.02.17 Gemeinsame Informationsveranstaltung von BIBS und CDU im Stadtbezirk 222 in Geitelde zu den Plänen für ein Gul-Gebiet.
- 09.04.17 Gründung der Bürgerinitiative im Braunschweiger Südwesten
- 30.04.17 Angesichts zunehmender Proteste sehen sich die OBs aus BS und SZ in den betroffenen Stadtbezirken erstmals zu einer öffentlichen Stellungnahme veranlasst („*wir, die Oberbürgermeister der Städte Braunschweig und Salzgitter, möchten Sie mit diesem Schreiben über den Stand der Planung und das weitere Vorgehen informieren und zu offenen Fragen Stellung nehmen.*“.)
- 04/2017 Auf der Bezirksratssitzung im April, Stadtbezirk 222 legten die Landwirte aus Stiddien Protest ein und verteilten ein Schreiben. Sie seien nicht bereit, ihre landwirtschaftlich genutzten Flächen für eine „Nutzungsänderung“ zur Verfügung zu stellen und damit die Wirtschaftlichkeit der Betriebe aufzugeben.
- 15.05.17 Landwirte fürchten um ihre besten Böden (SZ 15.05.17)

- 16.05.17 Auf Antrag der SPD („Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter weiterentwickeln“) beschließt der Stadtrat u.a.: „Es liegt weit weg von jeglicher Wohnbebauung, so dass Lärmbelastungen von Häusern und Wohnungen schon per se ausgeschlossen werden können“.
- 30.05.17 Gedankenaustausch der BI und der Bezirksbürgermeisterin mit betroffenen Landwirten in SZ-Thiede
- 10./11.08.17 24-stündige Bahnlärmmessung der Bürgerinitiative in Stiddien, nahe dem Übergabebahnhof Beddingen, zusammen mit BIBS, BISS und AG Schacht Konrad.
- 24.08.17 Mitglieder der BI kritisieren bei "Denk deine Stadt" die Planungen eines Industrie und Gewerbegebietes im Stadtbezirk 222
- 02.09.17 Informationsstand und -zelt der BI auf dem Schlossplatz mit der Sammlung von hunderten von Unterschriften
- 19.09.17 Informationsabend der Bürgerinitiative in Broitzem im Dorfgemeinschaftshaus.
- 07.11.17 In Üfingen wird die „BI NEIN gegen das Industriegebiet SZ/BS“ gegründet. Die beiden Bürgerinitiativen aus BS und SZ arbeiten von Anfang an eng zusammen.
- 21.11.17 Wie Simone Kessner erklärte, liegen erste Ergebnisse der Fachgutachter bereits vor. Salzgitters Fachbereichleiterin gehört der interkommunalen Lenkungsgruppe an. Experten hätten bereits den Lärm-, Arten-, Wasser- und Bodenschutz unter die Lupe genommen. Aber auch die Auswirkungen auf den Straßenverkehr seien schon untersucht worden. (SZ, 21.11.17)
- 29.11.17 Die Bürgerinitiative begehrt von der Stadt Braunschweig schriftlich Einsicht in bereits vorhandene Gutachten im Rahmen der Machbarkeitsstudie (siehe 21.11.17).
- 07.12.17 Im Planungs- und Umweltausschuss der Stadt BS teilt Stadtbaurat Leuer mit: „Das Bodengutachten ist bereits fertiggestellt. Die Ergebnisse lassen die Realisierung des Gewerbe- und Industriegebietes zu.“
- 12.12.17 Durch Üfingen bewegen sich schon jetzt täglich fast 7.000 (Verkehrszählung der BI vom 11.12. auf den 12.12.2017) Fahrzeuge aus dem Peiner Land zu den Arbeitsplätzen bei VW, der Salzgitter AG, MAN, Alstom und nach Braunschweig, Bei Schichtwechsel reicht der Rückstau bis zur Kanalbrücke.
- 09.01.18 In einem offenen Brief an Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel hat die Bürgerinitiative „Nein zum Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig“ (BI) dem Stadtoberhaupt vorgeworfen, den Widerstand gegen das interkommunale Gewerbegebiet nicht ernst genug zu nehmen. (SZ. 09.01.18)
- 15.01.18 Eine Anfrage der BIBS vom 23.11.17 nach Kosten und Auftragsnehmern wird endlich von der Stadt beantwortet. Die Kosten von max. 300.000€ übernimmt zu 2/3 die Stadt BS.
- 29.01.18 Fast genau zwei Monate später wird der BI per Mail (Zeichen 61.5-F 1, von Stadtbaurat Leuer) mitgeteilt: „Die Auswertung einzelner Gutachten, ohne die Ergebnisse der anderen Gutachten zu kennen, ist aus Sicht der beiden Städte nicht sinnvoll.“

- 02/2018 Auf nachdrückliches Drängen erhält die BI in SZ Einsicht in das Teilgutachten „Floristische und faunistische Bestandserfassung“. Aus ihm geht unter anderem hervor, dass der Gutachter neben der offiziell kommunizierten „großen“ Variante auch eine um 1/3 kleinere untersuchen sollte, was offenbar von vorneherein Planungsgrundlage war, gegenüber der Öffentlichkeit und den gewählten kommunalen Vertretungen aber nie offen kommuniziert wurde.
- 02.03.18 Gemeinsames Gewerbegebiet: Parteien gegen Bürgerabstimmung (Schlagzeile in der BZ).“
- 03/2018 Von beiden Bürgerinitiativen werden annähernd 10.000 Flyer in den Ortschaften der betroffenen Region verteilt.
- 15.03.18 Die Bürgerinitiative führt eine gut besuchte Informationsveranstaltung in Timmerlah im Schützenhaus durch.
- 24.03.18 In einem längeren Interview mit der BZ stellt der Sprecher der BI, Edgar Vögel aus Timmerlah, die Ziele der BI dar: „Das Gewerbegebiet ist überflüssig“.
- 03.04.18 Die Stadt kündigt die Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie für den 04.05. an.
- 18.04.18 In einem „Offenen Brief“ fordern Mitglieder der BI OB Markurth auf, die Pläne für ein interkommunales Gul-Gebiet aufzugeben.
- 25.04.18 In einem Interview mit der BI ("Mehr als 5 Millionen Brötchen gegen Markurth und Klingebiel" wendet sich der Landvolkvorsitzende Löhr erneut gegen Pläne ein Gul-Gebiet zu errichten.

3 Welches Gebiet?

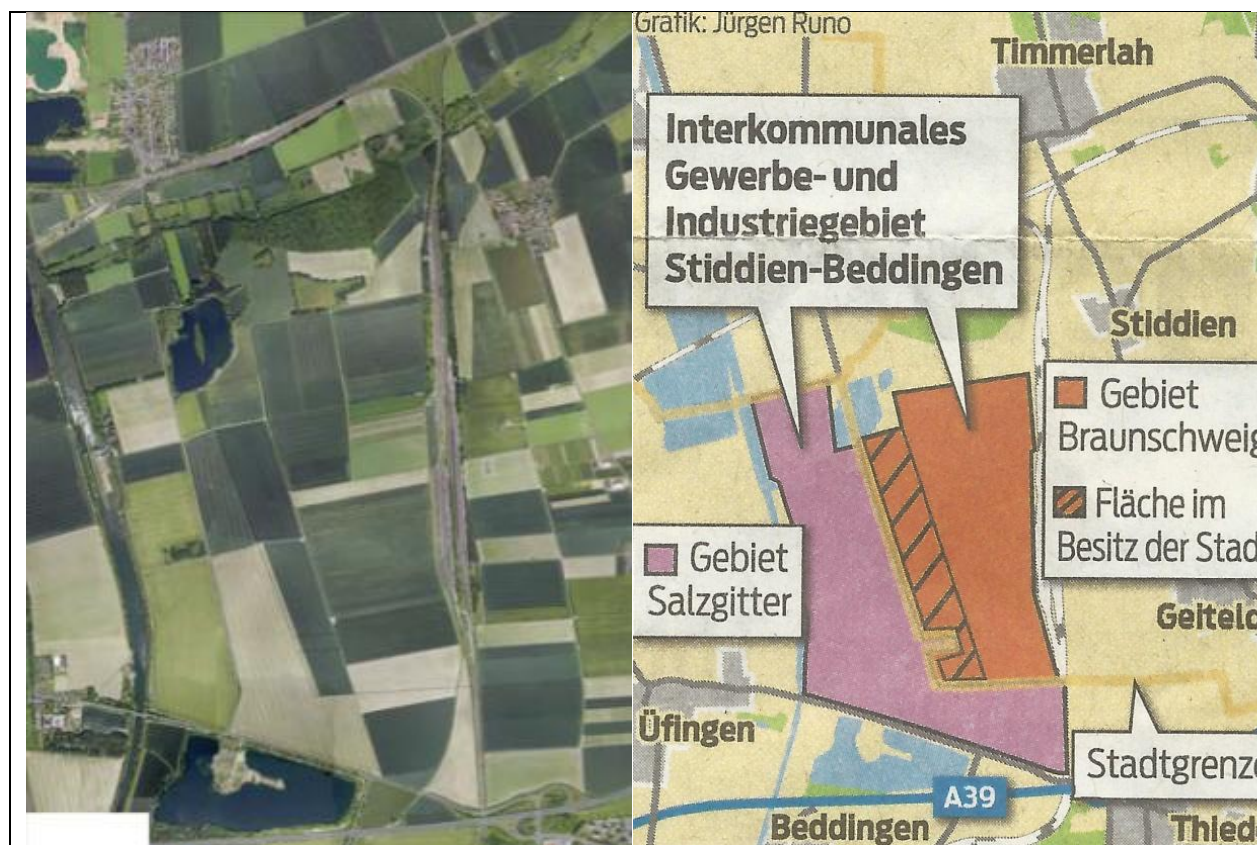


Abbildung 1: Übersicht des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets¹

Auf einer Fläche von ungefähr 3.000.000m² (300ha), zwischen dem Ellernbruchsee im Norden, der Landstraße zwischen Thiede und Üfingen im Süden, dem Salzgitter-Stichkanal im Westen und dem Übergabebahnhof Beddingen (auf Braunschweiger Stadtgebiet) im Osten liegt das Gebiet. Nahezu ausschließlich landwirtschaftlich genutzte Flächen an der Stadtgrenze BS-SZ sollen in ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet umgewandelt werden.

Tabelle 1: Aufteilung der geplanten Fläche

300ha Fläche für Industrie und Gewerbe		
Stadt	BS	SZ
Gesamtfläche	ca.124ha	ca.176ha
Eigentum Stadt	ca.1/4	ca.2/3

¹ Luftbild: Jahresbericht 2017 der Braunschweig Zukunft GmbH www.braunschweig.de/Wirtschaftsforderung
 Grafik: Jürgen Runo, BZ, 01.11.2016, "Ist das Industriegebiet bei Stiddien machbar?" Flyer: https://m.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft/wirtschaftsfoerderung/downloads/Flyer_Interkommunales_GE_BS-SZ.pdf

Eigentum Landwirte Stiddien	ca. 1/2	---
Eigentum Landwirte Thiede	ca.1/4	ca.1/3

Dies bedeutet: Von den in Frage kommenden Flächen gehört der Stadt Braunschweig lediglich ein Viertel, der Stadt Salzgitter zwei Drittel; alle anderen Flächen sind in Privatbesitz (insgesamt also ungefähr die Hälfte). Oder doch nicht(?):

Ein großer Teil der potenziellen Bauflächen gehört bereits den Kommunen. (?)

(Zitat: Flyer der beiden Oberbürgermeister, Mai 2017)

Das ist jedoch nicht die einzige Unstimmigkeit. In dem im Mai 2017 von der Stadt Braunschweig in Auftrag gegebenen Gutachten:

Floristische und faunistische Bestandserfassung für das interkommunale Gewerbegebiet BS/SZ Prof. Dr. Thomas Kaiser, Arbeitsgruppe Land & Wasser (alw), Beedenbostel

sollte der Gutachter zwei Varianten zugrunde legen:

- Alternative 1: Baufläche 255ha
- Alternative 2: Baufläche 255ha + 73ha, Gesamtfläche also 328ha (!)

Weitere Maßgaben:

- maximale Bauhöhe 12m,
- Grundflächenzahl 0,8 (*maximal möglicher Umfang, d.h. 80% der Fläche dürfen bebaut werden; einschließlich Verkehrswegen; der Verf.*). Hierdurch ergäben sich nutzbare Maximalflächen von 204ha bzw. 262ha.

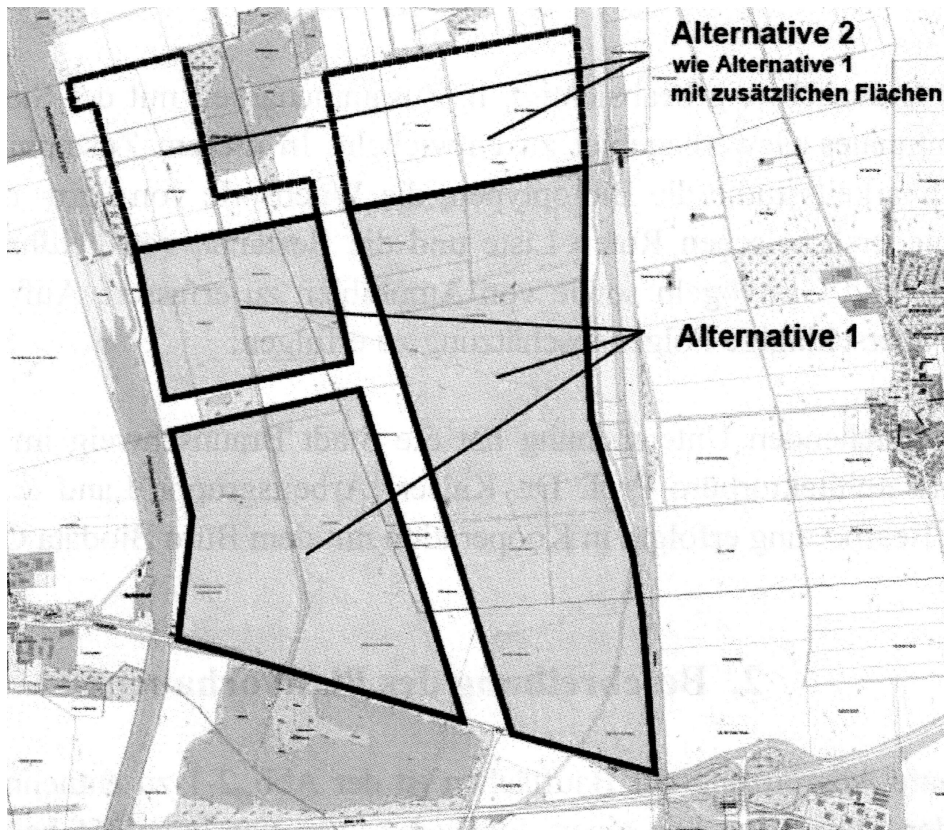


Abbildung 2: Übersicht der alternativen Flächen²

Lapidare Antwort der Verwaltung, warum das von vorneherein zweigleisige Vorgehen - "die Planungsalternativen" - der Öffentlichkeit und der Kommunalpolitik verschwiegen wurde:

Es war ausdrücklicher Auftrag der beiden Räte an die Verwaltung, in Planungsalternativen zu denken (siehe Beschluss, DS-Nr.: 16-01614).

Dies befolgend hat die Verwaltung in den Fachgutachten, wo dies nötig war, die unterschiedlichen Auswirkungen möglicher Plangebiete auch in Alternativen betrachtet.

Es bleibt die Frage offen:

Warum wird das (sinnvolle) Planen in Alternativen aber zur Geheimsache gemacht? Siehe auch Kapitel 13 Transparenz)

² Floristische und faunistische Bestandserfassung für das interkommunale Gewerbegebiet BS/SZ Prof. Dr. Thomas Kaiser, Arbeitsgruppe Land & Wasser (alw), Beedenbostel, Oktober 2017 S. 7/8; Anfrage Niels Salveter (BIBS) im Bezirksrat 222, Nr. 1807910, "Prüfauftrag Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen"; Antwort Warnecke (Dez. III) Nr. 18-07910-01

4 Lärm durch Straßenverkehr

Wird es mehr Lärm und Verkehr in den umliegenden Ortschaften geben?

Nach derzeitiger Einschätzung liegen verkehrlich gute Ausgangsbedingungen vor: Das Gebiet ist gut per Schiff oder Bahn zu erreichen. Der ganz überwiegende Teil des Straßenverkehrs kann direkt über die A 39, die Anschlussstelle SZ-Thiede, angebunden werden. Somit würden wenig Belastungen für die angrenzenden Ortschaften entstehen. Auch diese Frage wird in der Machbarkeitsstudie geprüft und dargestellt.

(Aus: Flyer der beiden OBs, April 2017)³

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig sekundiert:

„Es liegt weit weg von jeglicher Wohnbebauung, so dass Lärmbelastungen von Häusern und Wohnungen schon per se ausgeschlossen werden können“. („Interkommunales Gewerbe-/Industriegebiet Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter weiterentwickeln“).

Leider orientiert sich die Realität nicht immer an der Wahrnehmung mancher Kommunalpolitiker nicht in Timmerlah und auch nicht in Üfingen.

4.1 Timmerlah

Von 06.03.2017 bis 13.03.2017 fuhren 4235 Fahrzeuge täglich im Schnitt in Ost-West- bzw. West-Ost-Richtung durch Timmerlah, von denen obendrein 42% am Ortseingang zu schnell unterwegs waren (Radarmessungen der Polizei).

Wenn die A39, die täglich 90.000 Fahrzeuge passieren, wieder einmal dicht ist, was dann? Richtig, dann gibt es auch andere Möglichkeiten, also z.B. über Timmerlah und Groß-Gleidingen (oder über Stiddien und Geitelde nach Thiede).

Hier eine kleine Auswahl von Schlagzeilen aus der BZ der letzten Monate in folgender Tabelle:

³ Flyer a.a.O.Ratssitzung v. 16.05.17, Antrag nicht behandelt

Tabelle 2: Auszug aus den gesperrten Zuwegen 2017/2018⁴

Landesbehörde sperrt A 39 wegen Markierungsarbeiten am Montag	09.03.18
Abfahrt Braunschweig-Süd wird am Donnerstag gesperrt	24.01.18
Auffahrunfall auf der A 39: zwischenzeitlich Vollsperrung	17.11.17
Auffahrt zur Autobahn bei Lichtenberg wird gesperrt	08.11.17
Sperrung der A39 wegen Markierungsarbeiten	13.10.17
A 39: Fahrstreifen punktuell gesperrt	01.09.17
300-Kilo-Bombe entschärft: Sperrung der A39 aufgehoben	13.07.17
Auto brennt - A39 bei Lebenstedt gesperrt	30.06.17
Anschlussstelle Lebenstedt-Nord der Autobahn 39 ab Mittwoch dicht	02.06.17

Durchschnittlich einmal pro Monat ist es soweit.

4.2 Üfingen

Durch Üfingen bewegen sich schon jetzt täglich fast 7.000 (Verkehrszählung der BI vom 11.12. auf den 12.12.2017) Fahrzeuge aus dem Peiner Land zu den Arbeitsplätzen bei VW, der Salzgitter AG, MAN, Alstom und nach Braunschweig.

Auf der A39 sind im Bereich Salzgitter auch heute schon täglich 90.000 Fahrzeuge unterwegs.

Bei Schichtwechsel reicht der Rückstau bis zur Kanalbrücke.

In den nächsten Jahren wird der Verkehr ohnehin weiter zunehmen, wenn in Steterburg ein großer Möbelmarkt eröffnet (geplant: 400 Parkplätze).

Mit dem geplanten neuen Gewerbe- und Industriegebiet sollte man dann die Abfahrt von der A39 - Salzgitter-Thiede - tunlichst meiden.

Auch renommierte und kompetente Vertreter des öffentlichen Lebens, wie der Kriminalhauptkommissar Ulf Küch aus Sauingen, der diese Strecke sehr gut kennt, gehen von einem Verkehrskollaps aus, sollte das Industrie- und Gewerbegebiet kommen. Zudem sei aufgrund des Maut-Meideverhaltens mit einer starken Zunahme des Verkehrs aus Richtung Vechelde zu rechnen.

⁴ Verkehrssituation in Beddingen: <http://www.biggi-szbs.de/bi-info/warum> Verkehrssituation in Thiede: Mündl. Mitteilung am 23.04.18 in SZ-Hallendorf

5 Lärm durch Schienenverkehr

Von Donnerstag, dem 10.08.17, 12 Uhr, bis Freitag, den 11.08.17, 12 Uhr, führte die Bürgerinitiative SüdWest Braunschweig eine umfangreiche Zugzählung und Lärmpegelmessungen durch. Diese dienten der Dokumentation des Bahnverkehrs und -lärms vom und zum Übergabebahnhof Beddingen. Personelle und logistische Unterstützung leisteten dabei die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) und die Bürgerinitiativen „BISS“ (Bürgerinitiative Strahlenschutz) und AG Schacht Konrad. Ist doch diese Bahnstrecke als Hauptverkehrsader für das geplante Atommüllendlager „Schacht Konrad“ gedacht. Ort der Messungen war „Carola's Wiese“ an der Unterführung Teufelsspring Richtung Stiddier Forst, in 25m Entfernung von den Gleisen. Aufgrund der Lage des Messpunkts konnte der Rangierverkehr im unmittelbaren Bahnhofsbereich nicht gemessen werden. Der Übergabe-Bahnhof Beddingen liegt auf dem Gebiet der Stadt Braunschweig und ist eine Anlage der Deutschen Bundesbahn. Er wird mit der VPS (Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter) zusammen betrieben. Der Bahnhof arbeitet rund um die Uhr. Nach der Verkehrslärmschutzverordnung gelten Zeiten zwischen 22 und 6Uhr als „Nacht“, die übrigen Zeiten als „Tag“.

Das Ziel war, einen Istwert der aktuellen Zugbewegungen und der Lärmimmission als belastbares Dokument gegenüber den Verwaltungen der Städte Braunschweig und Salzgitter sowie der DB zu bekommen. (Messpunkt: 52°15'57.4"N 10°31'36.2"E)

Die **Verkehrslärmschutzverordnung** (16. BImSchV), definiert unter anderem [Immissionsgrenzwerte](#) zum Schutz vor [Verkehrslärm](#). Bei den Grenzwerten wird unterschieden, welche Gebiete (z.B. Wohngebiete) betroffen sind.

Es gelten folgende Grenzwerte:

Gebiet	Tag	Nacht
	6-22 Uhr	22-6 Uhr
Krankenhäuser, Schulen	57 dB(A)	47 dB(A)
Reine und allgemeine Wohngebiete	59 dB(A)	49 dB(A)
Kern-, Dorf- und Mischgebiete	64 dB(A)	54 dB(A)
Gewerbegebiete	69 dB(A)	59 dB(A)

Die Messergebnisse im Überblick:⁵

Tabelle 3: Messergebnisse im Überblick

Tag	Zeitabschnitt	Anzahl	Gemessene Lärmpegel in dB(A)	Durchschnitt in dB(A)
10.08. -11.08.	12-22 und 6 -12 Uhr	25 Züge	60 – 97,6 davon <64: 6 <69: 12	68,6
10.08. -11.08.	22 – 6 Uhr	21 Züge	63 - 83	70,3

Von Donnerstag, dem 10.08.17, 12 Uhr, bis Freitag, den 11.08.17, 12 Uhr wurden innerhalb 24 Stunden 46 Züge mit 63 Lokomotiven und 1189 Waggons gezählt

Was bedeuten diese Messwerte?

Nachts (22-6 Uhr) waren alle Züge zu laut (mehr als 60dB(A)).

Zur Tagzeit wären selbst für ein reines Gewerbegebiet **mehr als die Hälfte der Züge zu laut, für ein Mischgebiet sogar mehr als Dreiviertel.**

Bei Westwind raubt das den Anwohnern schon jetzt den Schlaf - und das bereits ganz ohne Industrie- und Gewerbegebiet.

Wie viel mehr Lärm möchte man den Menschen im Südwesten Braunschweigs noch zumuten?

⁵ Messwerte BI SüdWest Braunschweig 10.08. -11.08.17

Timmerlah - der südwestliche Ortsrand von Braunschweig – eine Idylle, aber schutzlos dem Bahnlärm ausgeliefert

(Zahlenwerte: Eisenbahnbundesamt; eigene Berechnungen)

Tabelle 4: Verkaufsaufkommen Züge⁶

Verkehrsaufkommen [Züge/Jahr]	Tag (6:00 -18:00 Uhr)	Abend (18:00 – 22:00)	Nacht (22:00 – 6:00)	Summe
Summe	54.271	16.491	24.211	94.973
Durchschnitt/Tag	149	45	66	260
Durchschnitt /Minuten	alle 4,8	5,3	7,3	5,5

Am südlichen Ortsrand von Timmerlah wird im Tagesmittel ein Bahnlärm-Schallpegel von 70-75 dB(A) erreicht; bis zur Timmerlahstr. immer noch 65-70; ohne jeglichen Schallschutz und viel zu viel für ein Wohngebiet!

Zu einer grafische Darstellung (durch Copyright geschützt), siehe:

<http://laermkartierung1.eisenbahn-bundesamt.de/mb3/app.php/application/eba>

Begünstigt durch die leichte Hanglage Geiteldes sind dessen Bewohner/innen auch heute schon bei jeder Zugbewegung auf dem Übergabebahnhof live dabei; bei Westwind ist es dann immer wieder richtig laut - 24 Stunden am Tag.

⁶ Eigene Berechnungen, Karten der Bahn: <http://laermkartierung1.eisenbahn-bundesamt.de/mb3/app.php/application/eba>

Timmerlah

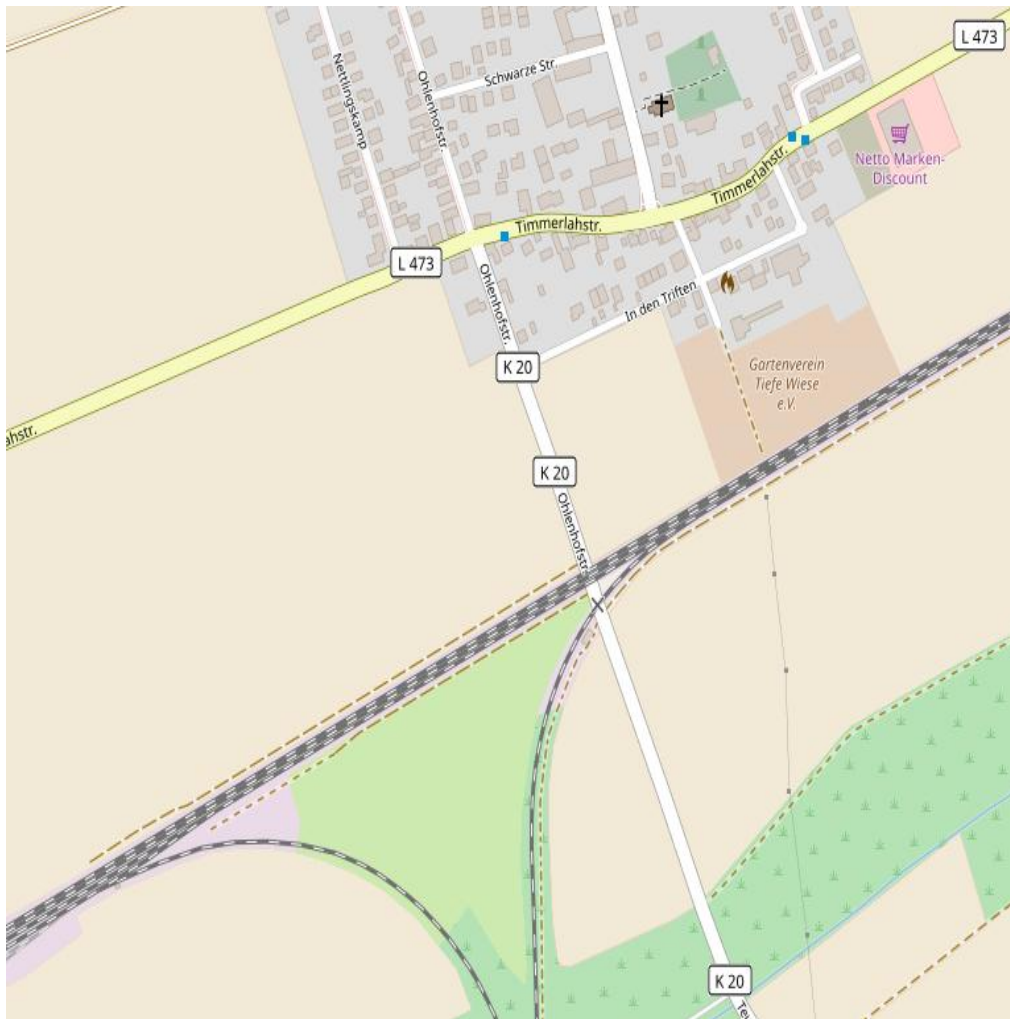


Abbildung 3: Timmerlah (Bahnlinie – In den Triften Entfernung 200m; Bahnlinie – Timmerlahstr. Entfernung 230m)⁷

⁷ Karten: OpenStreetMap

Stiddien

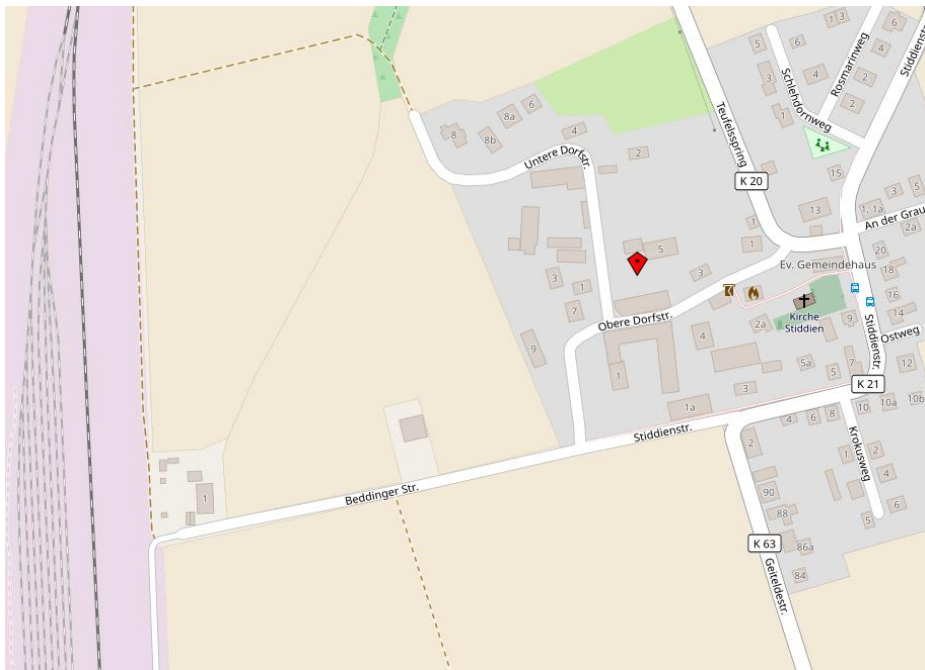


Abbildung 4: Stiddien (Entfernung Bahnlinie – Untere Dorfstr. 225M)⁸

Geitelde

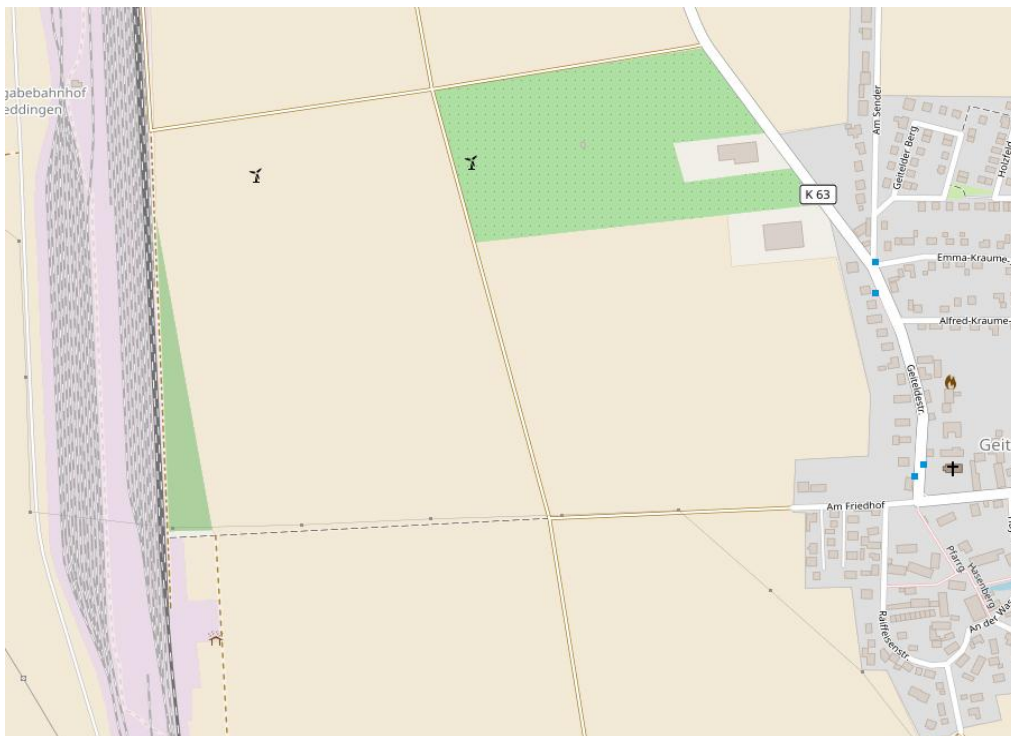


Abbildung 5: Geitelde (Bahnlinie – Am Friedhof Entfernung 830m)⁹

⁸ Karten: OpenStreetMap

6 Beeinflussung des Stadtklimas

Der einzige Studie, die beim Machbarkeitsbeschluss schon vorlag, war die Klimastudie, genauer: die "Stadtklimaanalyse Braunschweig"; im Mai 2012 erschienen sie. Auf wissenschaftlichem Niveau wird auf über 100 Seiten das Stadtklima analysiert, dargestellt und es werden Schlussfolgerungen für die Zukunft abgeleitet. Sei es, dass allgemeinverständliche Zusammenfassungen für Laien am Kapitelende fehlen, sei es, dass die Ergebnisse manchen Kommunalpolitikern Kopfschmerzen bereiten, die Studie ist bis heute weithin unbekannt geblieben und sie könnte, so steht zu befürchten, auch weiterhin folgenlos bleiben. Dabei ist sie seit längerer Zeit auf der Homepage der Stadt leicht zugänglich - daran kann es also nicht liegen. Im Werbe-Flyer der beiden Oberbürgermeister ist bezeichnenderweise von "Klima" auch an keiner Stelle die Rede! Bekannter in diesem Kreis dürfte auch das "Investitionsklima" sein, wenn gehäuft von der Notwendigkeit neuer Gewerbegebiete die Rede ist (später mehr zu diesem Thema).

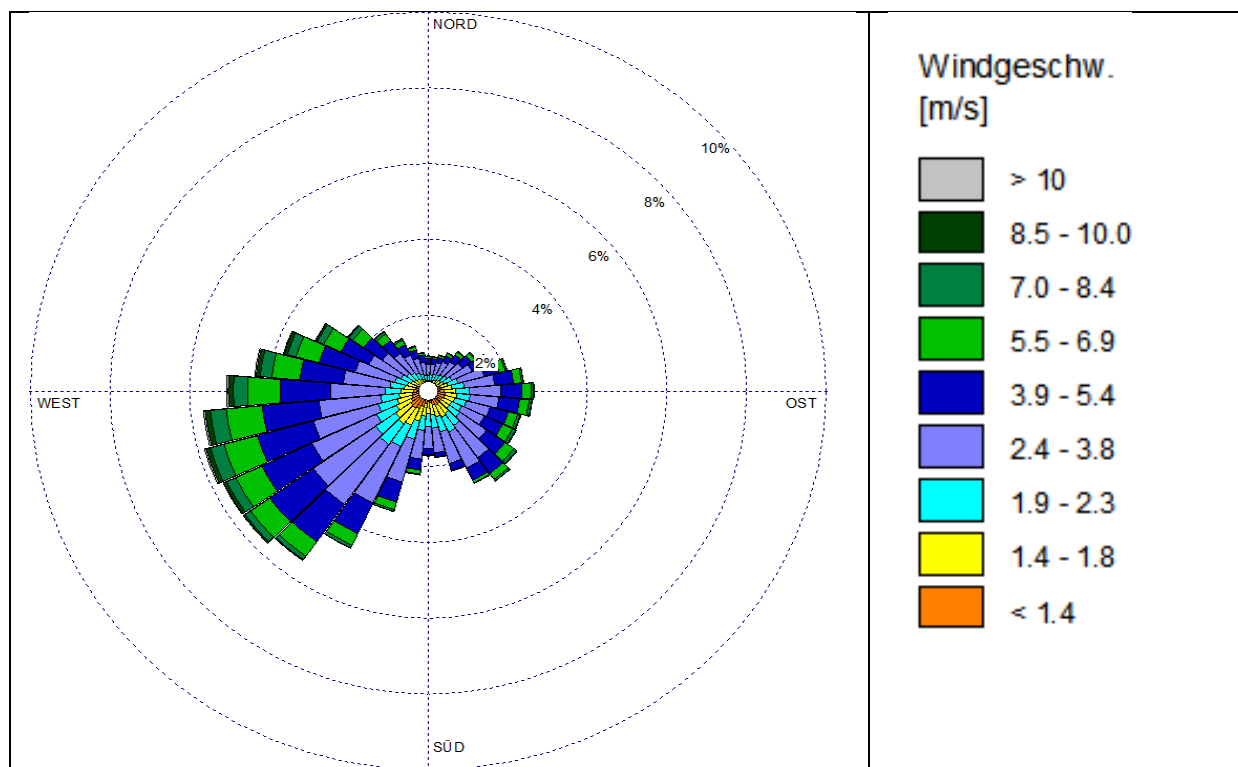


Abbildung 6: Windrichtungsverteilung getrennt nach Windgeschwindigkeiten für die Statistik Braunschweig, 2001 - 2010¹⁰

Wie diese Karte (in der "Stadtklimaanalyse" ähnlich) aus dem Luftreinhalteplan der Stadt BS aus 2011 zeigt, wehen die häufigsten und die stärksten Winde aus 220°-260°, also aus Südwest bis West. Das "Durchlüftungspotenzial", d.h. wie weit und mit welcher Stärke der Wind dann in die Stadt vordringt,

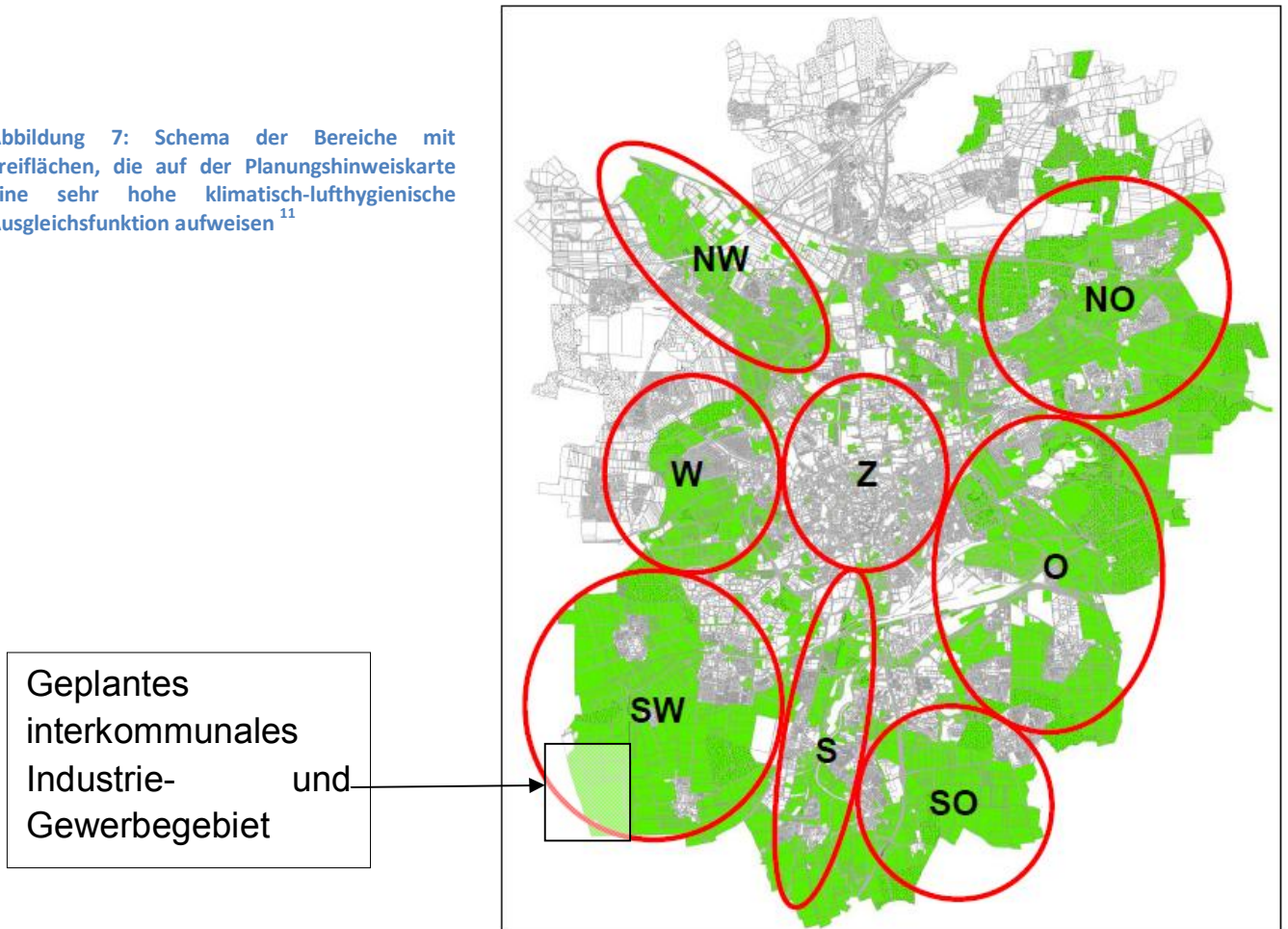
⁹ Karten: OpenStreetMap

¹⁰ Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim

hängt ganz wesentlich von der Oberflächengestalt ab und welchen Widerstand sie der Ausbreitung entgegen setzt.

Ihren Ausgang nehmen diese Strömungen (unabhängig von der Windrichtung) immer von freien Flächen am Stadtrand. Diese Flächen weisen eine hohe bis sehr hohe klimatisch-lufthygienische Ausgleichsfunktion auf.

Abbildung 7: Schema der Bereiche mit Freiflächen, die auf der Planungshinweiskarte eine sehr hohe klimatisch-lufthygienische Ausgleichsfunktion aufweisen¹¹



6.1 Gutachterempfehlung:

Für Freiflächen mit hoher Ausgleichsfunktion, z.B. "SW" (Südwest) geben die Gutachter folgende Empfehlung ab:

¹¹ Stadtklima Braunschweig, iMA/Richter & Röckle, Steinicke & Streifeneder Umweltuntersuchungen GbR; Freiburg, 21. Mai 2012

Auftraggeber: Stadt Braunschweig Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz; im Internet:

http://www.braunschweig.de/leben/umwelt_naturschutz/klima/stadtklima/stadtklima_start.html S.79, S. 87

Tabelle 5: Planungsempfehlung für Freiflächen¹²

	Planungsempfehlung/Entwicklungsziel
Freiflächen	
Sehr hohe klimatisch-lufthygienische Ausgleichsfunktion	Im Außenbereich: großräumiger Erhalt; Bebauung und Versiegelung nur in Ausnahmefällen und unter Beachtung klimatisch-lufthygienischer Vorgaben

6.2 Klimafunktionskarte

- Die Klimafunktionskarte zeigt eine flächendeckende, detaillierte Darstellung der thermischen und dynamischen Verhältnisse des klimatischen Ist-Zustandes....
- Über die Darstellung der Luftleitbahnen werden jedoch auch die auf alle Wetterlagen bezogenen, langjährigen mittleren Windverhältnisse berücksichtigt.... Die in der Peripherie erzeugte Kalt- und Frischluft gelangt über regionale und lokale Luftleitbahnen in die Stadt.
- Da Vorgänge in der unteren Atmosphäre betrachtet werden, sind die Übergänge zwischen den klimarelevanten Flächen („Klimatope“) fließend, d.h. die Abgrenzungen in der Klimafunktionskarte sind nicht als „scharfe“ Grenzen, sondern eher als „Grenzäume“ zu sehen. Ebenso besitzen die dargestellten Pfeilsymbole „symbolhaften“ Charakter, d.h. aus ihrer Lage und Größe auf der Karte lassen sich keine exakten, quantitativen Angaben (z.B. zu Reichweite oder Mächtigkeit der Strömungen) ableiten. ...

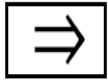
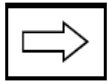
Unter den Luftleitbahnen von regionaler Bedeutung sind großräumige Strukturen zu verstehen, die aufgrund ihrer geringen Rauigkeit, ihrer Orientierung relativ zu den Hauptwindrichtungen und geringer Schadstoffbelastung den Austausch belasteter Luftmassen in Siedlungsgebieten gegen weitgehend frische Luft aus der Umgebung begünstigen. Häufig handelt es sich dabei um Flusstäler, welche die Siedlungsgebiete queren.

Lokale Luftleitbahnen: Hier handelt es sich um kleinräumige Strukturen, die den Luftaustausch innerhalb der Stadt begünstigen. Voraussetzungen sind geringe Bodenrauigkeit, ausreichende Länge und Breite sowie ein möglichst geradliniger Verlauf der Strömungsbahnen.

¹² a.a.O. s. S.104/105

Zeichenerklärung:**Luftleitbahnen****Regionale Luftleitbahnen**

Großräumige Strukturen, die aufgrund ihrer geringen Rauigkeit, ihrer Richtungsgebung relativ zu den Hauptwindrichtungen und geringer Schadstoffbelastung den Austausch belasteter Luftmassen gegen weitgehend unbelastete Luft aus der Umgebung begünstigen.

**Lokale Luftleitbahnen**

Kleinräumige Strukturen, die den Luftaustausch innerhalb der Stadt begünstigen. Voraussetzung sind geringe Bodenrauigkeit, ausreichende Länge und Breite sowie ein möglichst geradliniger Verlauf.

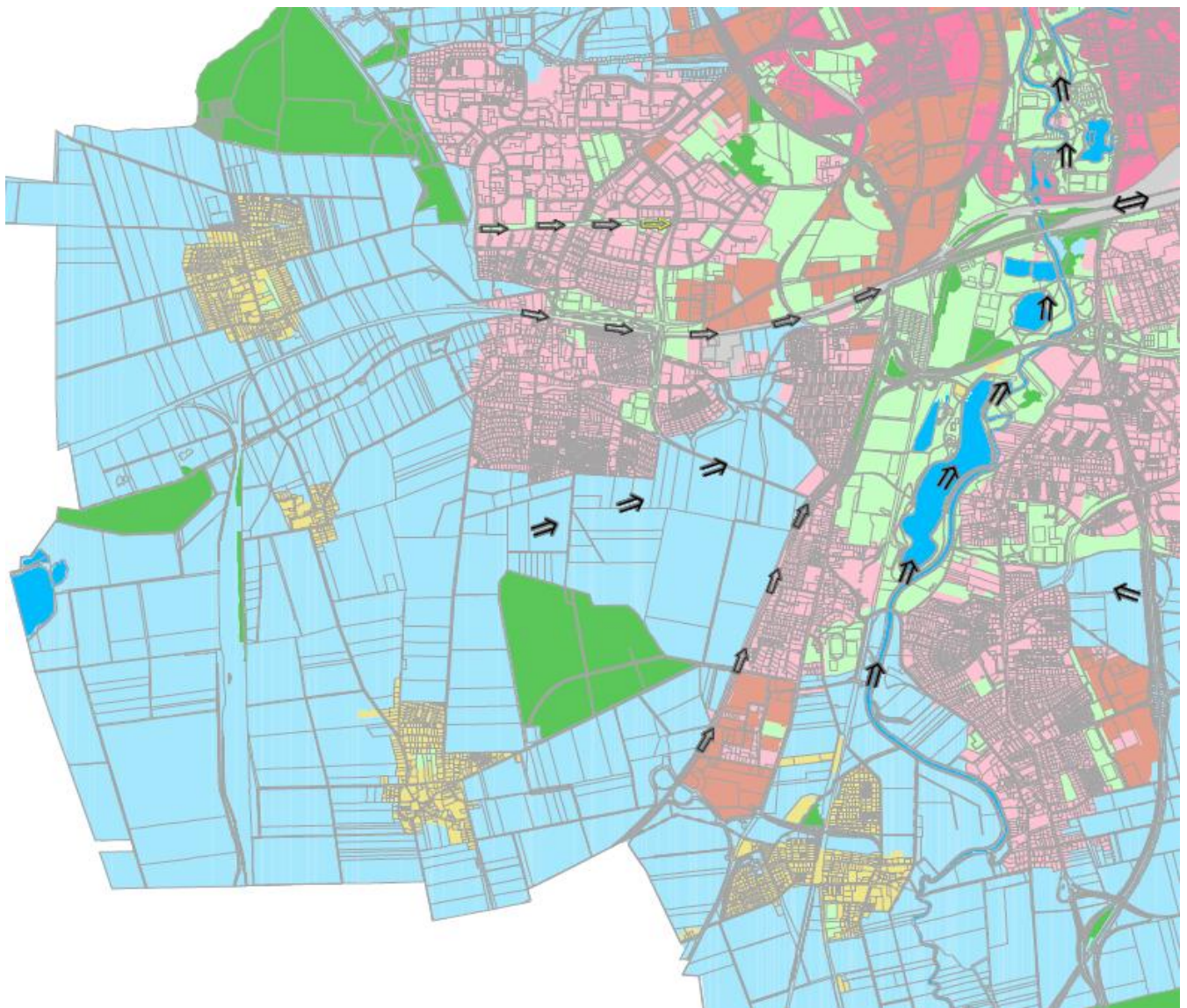


Abbildung 8: Ausschnitt aus der Klimafunktionskarte¹³

¹³ a.a.O. S.104, S.93

6.3 Planungshinweiskarte

"Auf der Basis der Klimafunktionskarte wurde unter Einbeziehung der vorliegenden lufthygienischen Messdaten bzw. Berechnungen die Planungshinweiskarte erstellt. Im Gegensatz zur weitgehend wertfreien Darstellung auf der Klimafunktionskarte werden hier die Freiflächen hinsichtlich ihrer klimatisch- lufthygienischen Ausgleichsfunktion in mehrere Klassen eingeteilt. Die Luftleitbahnen werden differenziert in weitgehend unbelastete und schadstoffbelastete Bahnen sowie hinsichtlich ihrer primären Wirkungsrichtung. Dargestellt sind außerdem die lufthygienisch belasteten Bereiche entlang der Hauptverkehrsstraßen sowie die Gewerbe- und Industriegebiete. Die Planungshinweiskarte ist also das Resultat einer Bewertung der Klimafunktionen hinsichtlich ihrer klimatisch-lufthygienischen Wirkung. Dies ist die Basis für allgemeine Planungsempfehlungen bzw. Erhaltungs- und Entwicklungsziele auf der Ebene der Flächennutzungsplanung."

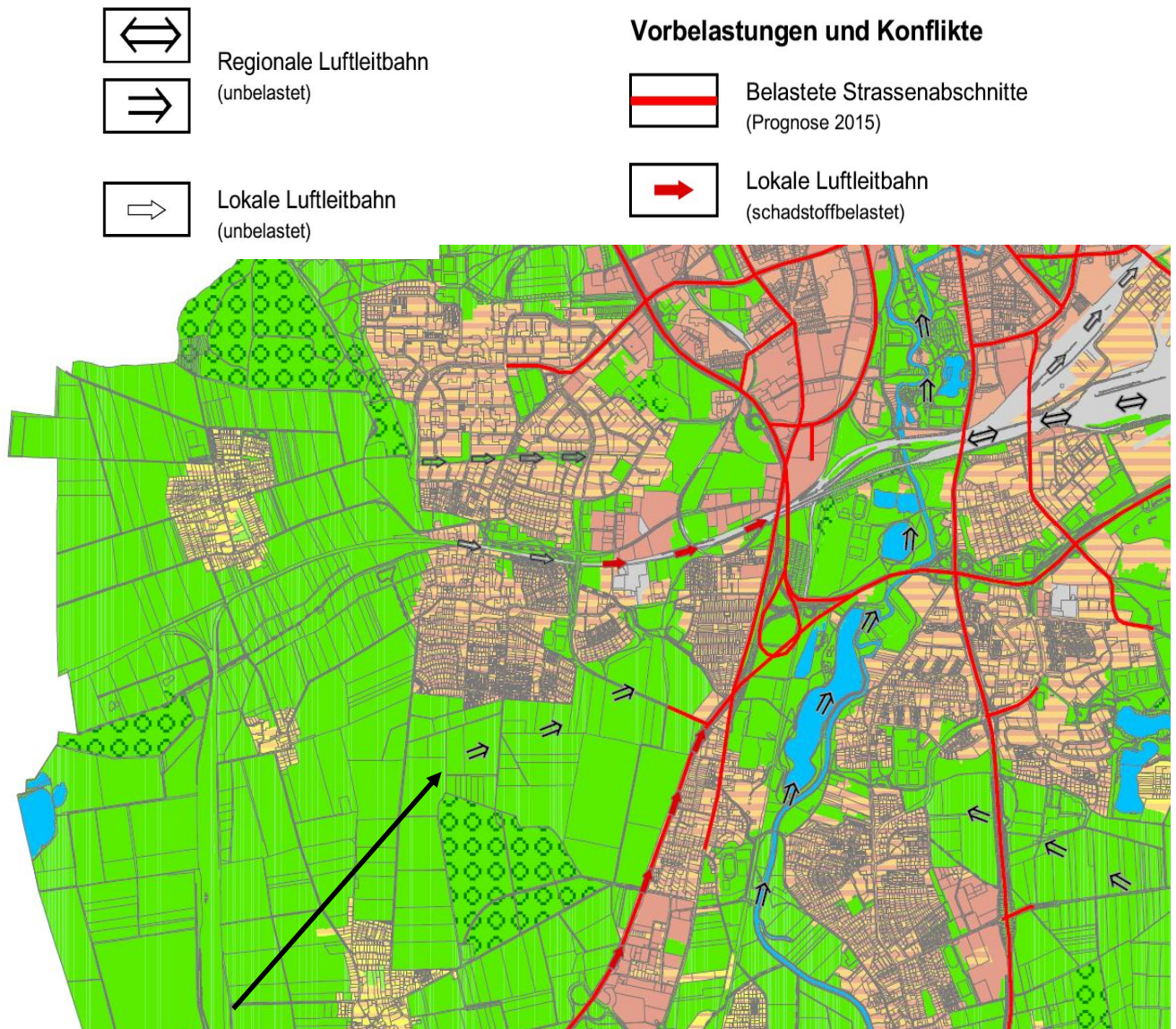


Abbildung 9: Planungshinweiskarte mit markierter regionaler Luftleitbahn (schwarzer Pfeil)¹⁴**Gutachterempfehlung:**

Erhalt, keine Bebauung und Versiegelung, Schadstoffeinträge vermeiden, keine flächigen Aufforstungen, niedrige lineare Gehölzstrukturen oder kleine Baumgruppen sind vertretbar

"Die Bebauung von Teilen einer Freifläche kann unterschiedliche Faktoren tangieren. Dabei spielen zwei Aspekte eine Rolle:

Versiegelung → Verlust kaltlu. produzierender Fläche; Wärmespeicherung

Gebäudestruktur → Verlust oder Behinderung einer Luftleitbahn, Schaffung von Strömungshindernissen mit Lee-Effekten (Zonen mit reduziertem Luftaustausch durch erhöhte Turbulenz).

Der Umfang dieser negativen Wirkung hängt von der Art und Größe des Eingriffs ab und ist in den genannten Freiflächenbereichen unterschiedlich zu bewerten. Ein pauschales Urteil kann nicht gegeben werden. Jede Planung ist im Einzelfall zu prüfen. So kann der Verlust von kaltluftproduzierender Fläche vertretbar sein, wenn eine große (interne) Ausgleichbarkeit gegeben ist, d.h., wenn das Freiflächenareal groß ist (wie z.B. im Bereich „SW“). Dann ist aber darauf zu achten, dass keine Luftleitbahn behindert wird. Dieser Effekt kann z.B. durch Höhe und Stellung der Gebäude (Schaffung von Schneisen) reduziert werden."(S. (81)

Auch wenn sich städtische Vertreter darauf berufen werden - eine riesige Fläche von 300ha oder mehr ist überhaupt nicht mehr kompensierbar. Wenn den Gutachtern ein Bebauungsgrad von 80% vorgegeben wird (siehe Flora- und Fauna-Gutachten), dann gibt es auch keinen Platz für Schneisen auf dem Gelände. Auch eine Gebäudehöhe von bis zu 12m würde zu zusätzlichen negativen Effekten führen. Gäbe es solche Schneisen, wäre angesichts der Emissionen der Betriebe auf dem Gelände die Luft vorbelastet.

Aus Gründen einer Erhaltung des Stadtklimas kann eine Bebauung des vorgesehen Areal auf gar keinen Fall hingenommen werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Frischluftzufuhr für das Stadtzentrum wäre die unausbleibliche Folge.

6.4 Antworten der Stadt auf Anfragen

Dass und wie städtische Dienststellen (hier Dez.III) bei der nicht einfachen Materie schnell an ihre Grenzen stoßen, zeigt deren Antwort auf eine Anfrage der BIBS¹⁵:

"Nach Herrn Leuers (Stadtbaurat, der Verf.) Aussagen aus dem Planungs- und Umweltausschuss vom 28.02.2018 kommt Kaltluftschneisen eine grundlegende Bedeutung für das Stadtklima zu. Barrieren,

¹⁴ a.a.O. S. 106/107

¹⁵ a.a.O. S.81"Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Timmerlah-Geitelde als Barriere in wichtiger Frischluftschneise für Braunschweig, BIBS, 29.03.18 18-07869, die Antwort der Stadt (Stadtbaurat Leuer); 18-07869-01, 11.04.18

die höher als Einfamilienhäuser sind, würden demnach den Luftaustausch entscheidend behindern. Im eventuell entstehenden interkommunalen Gewerbegebiet wären aber Gebäude mit bis zu 12 Metern Höhe zu erwarten. Dies vorausgeschickt, unsere Frage:

Wie gedenkt die Verwaltung solche Widersprüche in ihren Planungen miteinander in Einklang zu bringen?"

Zur Anfrage der Fraktion BIBS vom 29.03.2018 (18-07869) wird wie folgt Stellung genommen:

"Kaltluftleitbahnen verbinden Kaltluftentstehungsgebiete mit Belastungsbereichen im Stadtgebiet. Sie sind ein elementarer Bestandteil des Luftaustausches und sind von grundlegender Bedeutung für das Stadtklima.

Für den Planungsbereich Interkommunales Gewerbegebiet weist die Stadtklimaanalyse Braunschweig 2012 (Steinicke & Streifeneder, Richter & Röckle) keine Kaltluftleitbahn aus.

Östlich des Plangebietes im Bereich der südlichen und östlichen Hangbereiche des Westerbergs und Geitelder Bergs wird eine wirksame Kaltluftleitbahn ausgewiesen, deren Prozessgeschehen allerdings nicht mit den Flächen des Planungsbereiches zusammenhängt. Das Kaltluftentstehungsgebiet dieser Leitbahn wird im Westen durch den Kamm des Geitelder Bergs begrenzt.

Das stadtklimatische Gutachten wird bei der Erarbeitung der Machbarkeitsstudie zum Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet BS/SZ berücksichtigt."

Die Aussage, das „Prozessgeschehen“ der Kaltluftleitbahn habe mit den Flächen des Planungsbereichs nichts zu tun, ist definitiv falsch, denn die breiten flächenhaften Strukturen in der Hauptwindrichtung sind die Voraussetzung dafür, dass sie es überhaupt kann und was die Luftleitbahn kanalisieren kann. Ganz offenkundig falsch ist auch die Aussage, dass das Kaltluftentstehungsgebiet nach Westen durch den Geitelder Berg begrenzt sei. Dabei sind ganz offenkundig die Ausführungen der Gutachter in 7.2.3 nicht zur Kenntnis genommen worden (s.u. in vollem Wortlaut).

7.2.3 Flächen mit Durchlüftungsfunktion

"Im Gegensatz zu den Luftleitbahnen, welche die Luft kanalisieren, handelt es sich hier um breitere, flächenhafte Strukturen. Sie sind charakterisiert durch geringe Rauigkeit, grobe Ausrichtung nach der Windrichtung (Haupt- bzw. Nebenmaximum) und Bezug zu einem Wirkungsraum (Stadt). Da dies auf viele Freiflächen in der Peripherie zutrifft („Freilandklima“), ist diese Klimafunktion auf der Karte nicht explizit dargestellt (die vielen erforderlichen Pfeile gingen zu Lasten der Übersicht). So liefern z.B. die Freiflächen im Südwesten bei Starkwind aus dem Westsektor einen breiten Zustrom kühler Luft in Richtung Stadt. Eine Luftleitbahn entsteht erst durch Kanalisierung (regionale Leitbahn R9, lokale Leitbahnen L4 und L5). Die Thematik wird ausführlich im Abschnitt 8.1.1 erläutert."

7 Klima- und Artenschutz

Man kann darüber staunen, dass der Oberbürgermeister Braunschweigs für ein interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet bereit ist, 300ha Ackerflächen zu versiegeln und dafür einen zweistelligen Millionenbetrag aus Steuergeldern ausgeben will. Dabei wird die Existenzgrundlage von einem halben Dutzend Arten geschützter Wirbeltiere bedroht und das Stadtklima erheblich gefährdet.

Das scheint aber in den Augen der Initiatoren nicht so dramatisch zu sein, weil ja an anderer Stelle Ausgleich geschaffen wird. Denn nahezu gleichzeitig (Dez. 2017) werden Landesmittel in Millionenhöhe für den Klima- und Artenschutz eingeworben:

"Die Stadt Braunschweig war mit zwei Förderanträgen erfolgreich: Grünes Licht gab es von Bund und Land für die Förderung von Projekten zum Klima- und Artenschutz. Die von der Stadt eingereichten Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 5,5 Millionen Euro sollen zwischen 2018 und 2022 mit einer 80-prozentigen staatlichen Förderung umgesetzt werden."¹⁶






"Zum einen handelt es sich dabei um den Förderbescheid zum Biodiversitätsprogramm „Förderung der biologischen Vielfalt in der Stadt Braunschweig“ des Niedersächsischen Umweltministeriums mit einem Fördervolumen von circa 2,75 Millionen Euro. Zum anderen erhält die Stadt Bundesmittel in Höhe von etwa 1,9 Millionen Euro für den Förderantrag „Braunschweig - Integrierter Klimaschutz mit urbanem Grün - Makroklimatische Regulierung durch Pflanzen.“ Insgesamt steuert die Stadt selbst Eigenmittel in Höhe von etwa 1,2 Millionen Euro für beide Projekte dazu. Diese sind in den Haushalt ab 2018 eingeplant."

So werden mit staatlichen Fördergeldern selbst verursachte (bzw. vorerst nur geplante) Klima- und Umweltschäden an anderer Stelle wieder "geheilt".

Diese geschützten Wirbeltiere befinden sich auf dem geplanten Gewerbe- und Industriegebiet (siehe folgende Tabelle).

¹⁶ a.a.O. S.75 BZ, 28.12.2017, 5,5 Millionen für ein grüneres Braunschweig

Tabelle 6: Geschützte Tiere im geplanten Gewerbe- und Industriegebiet¹⁷

	<p>Feldlerche 24 Reviere</p>
<p>Feldhamster 28 Baue (nicht Tiere!)</p>	
	<p>Schafstelze 12 Reviere</p>
<p>Rebhuhn 1 Revier</p>	
	<p>Kammolch zahlreiche Tiere</p>

Für diese streng geschützten Wirbeltierarten müssten Umsiedlungs- und Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden, die ca. 4 - 5 Mio € kosten würden, je nach Fläche des Gebietes. Ob das die Vorkommen auf Dauer sichern kann, ist unklar und hängt sehr stark vom Ausmaß und der Art der künftigen Nutzung ab.

¹⁷ Zahlenwerte nach: Floristische und faunistische Bestandserfassung für das interkommunale Gewerbegebiet BS/SZ Prof. Dr. Thomas Kaiser, Arbeitsgruppe Land & Wasser (alw), Beedenbostel, Oktober 2017S. 17ff (Feldhamster), S.48 (Avifauna), S. 57/58 (Amphibien) Kosten: S.65/66

8 Bodenschutz

Einmal überbauter Boden ist in seinen natürlichen Funktionen für Generationen verloren: Es dauert 100–300 Jahre, bis sich 1cm humosen Bodens gebildet hat. Ein Ackerboden hat davon ca. 30–40 cm. Die niedersächsischen Böden haben bis zu mehreren Tausend Jahren benötigt, um sich in ihrer heutigen Form entwickeln zu können. Bei Verlust oder Überbauung sind die Böden folglich nur sehr schwer wieder herstellbar.

Die Ackerböden im geplanten Gebiet sind die besten von ganz West- und Mitteleuropa. **Das alles soll für ein Industrie- und Gewerbegebiet zerstört werden.**

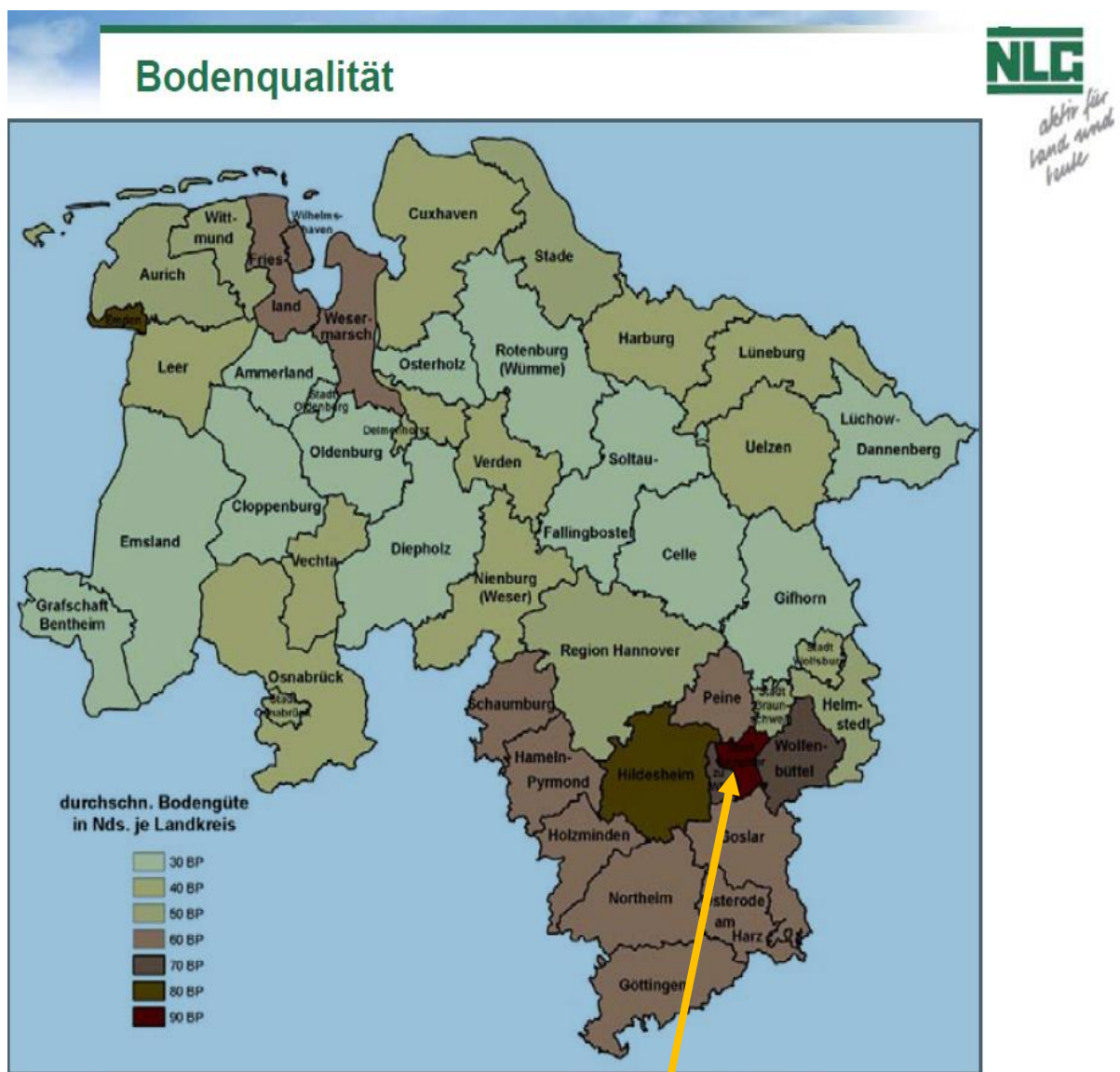


Abbildung 10: Darstellung der Bodenqualität mit Verweis auf das Gebiet (gelber Pfeil)¹⁸

¹⁸ Abb. Verändert nach: <http://www.bodenmarkt.info/downloads/bofo64hiete.pdf> Text: [flaecheninanspruchnahme und bodenversiegelung/flaecheninanspruchnahme-und-bodenversiegelung-in-niedersachsen-797.html](http://www.bodenmarkt.info/downloads/bofo64hiete.pdf)

In einem Interview mit der Bürgerinitiative Südwest beschäftigt sich Ulrich Lühr, der Vorsitzende des Landvolkverbandes, mit dem Thema:

Herr Lühr, Sie werden in der Presse mit der Aussage zitiert, mit der Umsetzung des Plans eines interkommunales Gewerbegebiets und der Bebauung des Ackerlandes „werde ein Stück der Kornkammer Europas vernichtet“. (BZ, 15.02.2018)

Würden Sie bitte diese Aussage näher erläutern?

"Geologisch gesehen sind die Flächen im Südwesten von Braunschweig ein östlicher Teil der Hildesheimer Börde im Übergang zur Magdeburger Börde. Dies Flächen haben sich in der letzten Eiszeit gebildet.

Diese Böden zeichnen sich durch eine enorm hohe Fruchtbarkeit aus. Zumal hier auch im Durchschnitt der Jahre ausreichend Niederschläge fallen. Sie gehören zu den europa- oder sogar weltweiten Spitzenstandorten für den Ackerbau. Auf der in Deutschland geltenden Bodenpunktskala von 0 – 100 stehen dort die Böden zwischen 90 und 100 Punkten.

Da für eine wachsende Weltbevölkerung heute und in Zukunft jeder Quadratmeter für eine nachhaltige Versorgung gebraucht wird, werden durch diesen Flächenverlust an anderer Stelle des Erdballs andere Flächen zusätzlich in die Produktion genommen werden.

Diese Flächen haben nicht die Ertragsfähigkeit unserer Böden, Um die gleiche Menge an Lebensmittel zu erzeugen müssen für jeden verlorenen Quadratmeter hier bis zu 8 m² neu in die Produktion genommen werden. Weiterhin liegen diese Flächen dann zum Teil auch in Gebieten, die für das globale Klima von großer Wichtigkeit sind.

Nebenbei sind Ackerflächen großflächige „Produzenten“ von atmosphärischem Sauerstoff. Die Gewerbegebiete hierbei, vorsichtig gesagt, eine negative Bilanz aufweisen, sollte auch dieser Punkt Beachtung finden."¹⁹

8.1 Bodenschutz in Deutschland

Im aktuellen Koalitionsvertrag ab S. 137 heißt es:

Wir setzen uns gegen den fortschreitenden Verlust an biologischer Vielfalt, die Zerstörung von Wäldern und den zunehmenden Verlust an fruchtbaren Böden ein.

Im Umweltbericht des Niedersächsischen Umweltministeriums vom 16.02.2016 heißt es zum Thema Bodenschutz:

¹⁹ Interview-Ausschnitt: <https://bi-sw-bs.jimdo.com/> Koalitionsvertrag S.137 , div. Quellen; Niedersachsen: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/umweltbericht/boden/>

Boden geht uns alle an - die UNESCO hat 2015 zum „Jahr des Bodens“ ausgerufen.Bodenbewusstsein sollte ein zentrales Thema bei der Umweltbildung sein, denn ohne Boden hätten wir keine Lebensmittel, keine Vegetation und kein sauberes Grundwasser. Der Boden unter unseren Füßen zählt daher - ebenso wie die Luft, die wir atmen und das Wasser, das wir trinken - zu unseren Lebensgrundlagen.

8.2 Reduktion des Flächenverbrauchs

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, **bis zum Jahr 2020** die Neuinanspruchnahme von Flächen für Wohnen, Gewerbe und Verkehr auf **30 Hektar pro Tag** zu verringern. Im Durchschnitt der Jahre 1993 bis 2003 lag der Flächenverbrauch noch bei 120 Hektar pro Tag; 2012-2015 bei täglich 66ha.

Das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, ist auch in die CDU/FDP-Koalitionsvereinbarung 2008–2013 aufgenommen worden (CDU/FDP 2008), sowie im Koalitionsvertrag der Rot-Grünen Landesregierung 2013 – 2018 verankert. Dort wird als konkretes Ziel formuliert, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf nur noch 3 ha zu senken (SPD/GRÜNE 2013).²⁰

²⁰ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/flaechensparen-boeden-landschaften-erhalten#textpart-1> S.25 Flyer der beiden Obs, siehe S.7 Sachstand Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen (Braunschweig-Salzgitter), Antwort auf BIBS-Anfrage vom 23.11.17 durch Hr. Dirks, 15.01.2018, Zeichen 61.5F1
siehe auch: <http://www.experconsult.de/de/ueber-experconsult.htm> „ExperConsult bietet umsetzungsorientierte Dienstleistungen und zukunfts-orientierte Lösungen.“

9 Die beauftragte Machbarkeitsstudie der Städte

Dieses Kapitel handelt von der beauftragten Machbarkeitsstudie der Städte Braunschweig und Salzgitter, die am 07.05.2018 veröffentlicht wird. Im Flyer der beiden Oberbürgermeister vom April 2017 heißt es dazu:

"Die Räte der beiden Städte haben im Mai und Juni 2016 die Verwaltungen beauftragt, vor einer Entscheidung Pro oder Kontra einer Gewerbegebietsentwicklung eine Machbarkeitsstudie zu erarbeiten. Im Rahmen dieser Studie werden die wirtschaftlichen, rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen geklärt sowie Standort- und Marktanalysen durchgeführt. Auch werden fachplanerische Grundlagen zu Themen wie Lärm-, Wasser-, Boden- und Artenschutz erarbeitet. Letztlich geht es um die Frage: Ist ein Gewerbe- und Industriegebiet an dieser Stelle sinnvoll und wie kann es wirtschaftlich entwickelt werden? Ganz wichtig: Eine abschließende Entscheidung, ob dieses Gebiet entwickelt werden soll, ist noch lange nicht gefallen. Sie wird am Ende des geschilderten Verfahrens und nach der Öffentlichkeitsbeteiligung von den Räten der beiden Städte getroffen. Sie entscheiden, ob ein Gewerbe- und Industriegebiet entstehen soll."

Während in Braunschweig ein entsprechender Beschluss einstimmig fiel (Tenor: es wird ja nur geprüft), gab es in Salzgitter auch ablehnende Stimmen. Die Grünen verweigerten die Zustimmung (siehe auch "Chronologie").

Die Kosten von bis zu 300.000€ teilen sich die Städte BS und SZ im Verhältnis 2:1.

Auf Anfrage der BIBS-Fraktion vom 23.11.17 antwortete die Verwaltung zwei Monate später wie folgt:

Frage 1: Durch welche Organe welcher Gebietskörperschaft wurden die bisherigen Vergabebeschlüsse gefasst oder sollen gefasst werden?

Antwort 1: Die Beauftragung der Machbarkeitsstudie, Teil Realisierung, wurde im Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Braunschweig vorberaten und im Verwaltungsausschuss entschieden. Die anderen Gutachten wurden von der Stadt Braunschweig als Geschäft der laufenden Verwaltung vergeben.

Frage 2: Welches Büro oder- welche Firma wurde oder wird beauftragt?

Antwort 2:

Die Auftragnehmer für die Gutachter gliedern sich wie folgt:

Tabelle 7: Auftragnehmer für die Gutachter der Machbarkeitsstudie

Bodengutachten	bsp ingenieure gmbH, Braunschweig
Faunistische/floristische Bestandserfassung und Landschaftsbiid	alw, Professor Dr. Thomas Kaiser
Juristisches Gutachten	Rechtsanwaltskanzlei Redeker , Sellner, Dahs, Berlin
Schallgutachten	GeräuscheRechner, Henning Arps und DEKRA, Hannover
Verkehr	Ingenieurgemeinschaft Dr. Schubert
Machbarkeitsstudie Teil Realisierung	ExperConsult Wirtschaftsförderung & Investiti- onen GmbH & Co.KG, Dortmund

Frage 3: Wie hoch sind die Kosten der jeweiligen Gutachten? I

Antwort 3:

Die Kosten für die Gutachten gliedern sich wie folgt:

Tabelle 8: Kosten für das Gutachten

Bodengutachten	16.000,- €
Faunistische/floristische .Bestandserfassung und Landschaftsbild	37.000,- €
Juristisches Gutachten	24.000,- € (zzgl.Kosten für einzelne Besprechungen)
Schallgutachten	12.000,- €
Verkehr	19.000,- €
Machbarkeitsstudie Teil Realisierung	99.000,- €

Aufgeführt sind die Bruttowerte auf Tausend€ jeweils gerundet. Da die Gutachten zum Teil noch nicht abgeschlossen sind, sind die Werte noch als vorläufig anzusehen. So ist nicht ausgeschlossen, dass bei Gutachten Auftragsergänzungen erfolgen, sofern dies fachlich notwendig wird.

Für die Stadtklimaanalyse fallen keine projektspezifischen Kosten an, weil sie bereits hausintern vorliegt.

9.1 Kritische Betrachtung der Machbarkeitsstudie

1. Manche Befürworter sprechen Klartext

Klingebliel betonte, dass auch Salzgitter viele Anfragen habe. Das neue Gewerbegebiet soll ganz neue Perspektiven eröffnen. Die Flächen sollen auch von Unternehmen genutzt werden, deren Mitarbeiter rund um die Uhr arbeiten. Das bedeutet aber auch mehr Lärm. Und somit könnte es Widerstand der Bürger etwa im angrenzenden Üfingen geben. So etwas soll in einer Machbarkeitsstudie geprüft werden. Es geht dabei aber wohl nicht um das Ob, sondern um das Wie. Das Gebiet soll kommen.

Braunschweiger Zeitung „Über das Geld einigen wir uns schon“, 02.04.2016²¹

2. Die Kosten

Gibt man 300.000€ für eine Studie aus, nur um zu wissen, ob es geht?

3. Die Beteiligten

Beauftragt man „ergebnisoffen“ einen Projektentwickler („ExperConsult“), mit „der Machbarkeitsstudie, Teil Realisierung“, dessen zentrales Geschäftsmodell die Umsetzung von Industrie- und Gewerbegebieten im Auftrag von Kommunen ist??

Die Braunschweig Zukunft GmbH bringt sich aktiv in die Begleitung und Steuerung der Machbarkeitsstudie sowie in die Unterstützung von ExperConsult ein.

Braunschweig Zukunft GmbH -Wirtschaftsförderung- Jahresbericht 2017

4. Die OBs: Skepsis? Nicht mit uns! Das Gebiet ist doch alternativlos

In keinem anderen Bereich der beiden Städte gibt es so günstige verkehrliche Bedingungen (Autobahn, Hafen, Güterbahnhof) wie hier. Es gibt auch keine vergleichbar großen Flächen, die sich für industrielle und gewerbliche Nutzung eignen, weil andere Flächen mit ähnlicher Größe zu geringe Abstände zu Wohngebieten haben.

²¹ BZ, 02.04.2016 „Über das Geld einigen wir uns schon“, Braunschweig Zukunft GmbH -Wirtschaftsförderung- Jahresbericht 2017

10 Atommüll

In diesem Kapitel wird das Thema Atommüll näher untersucht. Im Flyer der Oberbürgermeister der Städte Braunschweig und Salzgitter vom April 2017 heißt es dazu:

„Die Verwaltungen und die Politik beider Städte sind sich einig, dass sich keine atommüllverarbeitenden, -erzeugenden oder -behandelnden Betriebe in diesem Gewerbe- und Industriegebiet ansiedeln sollen. Der Ausschluss solcher Nutzungen kann bei dem späteren Verkauf von Bauland auf privatrechtlichem Wege festgelegt werden. Mit einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit, die im Grundbuch eingetragen wird, kann die Ausübung eines bestimmten Gewerbes ausgeschlossen werden.“

„Die große Sorge vor einem Atommüll-Zwischenlager bei Stiddien“

.... Die BIBS wollte weiterhin wissen: Konnte die Verwaltung den Ausschluss bestimmten Gewerbes durch eingetragene Dienstbarkeiten im Grundbuch in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchsetzen? Dazu sagte Leuer, dass die Verwaltung keine einschlägige Erfahrung habe. Man vertraue dem juristischen Gutachten, das eine national renommierte Kanzlei im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstelle. (BZ,23.03.2018)²²



Als Schacht Konrad 2002 als Endlager für schwach- und mittelaktive radioaktive Abfälle genehmigt wurde, haben dagegen auch die Städte Braunschweig und Salzgitter geklagt. Das Ergebnis ist bekannt. Nur diesmal soll alles besser werden. Mit dem Planungsrecht der Kommunen gegen das Atomrecht?

Abbildung 11: Foto vom Schacht Konrad

Erst Ende vorletzten Jahres hat die Stadt BS in ihrem Bemühen, den atommüllverarbeitenden Betrieb Eckert & Ziegler in Wenden/Thune baurechtlich zu beschränken, vor dem OVG eine krachende Niederlage kassiert. Sollte das die letzte rechtliche Fehleinschätzung der Stadt gewesen sein?

²² Flyer, a.a.O., BZ, 23.03.2018, „Die große Sorge vor einem Atommüll-Zwischen-lager bei Stiddien“, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad: <http://www.ag-schacht-konrad.de/>

Der Firmenchef spricht Aktionären gegenüber offen über Pläne, im Zuge der AKW-Rückbauten in großem Maßstab ins Atommüllgeschäft einzusteigen und wirbt mit Kompetenz und Umgangsgenehmigungen und dem nahen genehmigten Endlager Konrad. Am gegenwärtigen Standort ist eine dafür notwendige Erweiterung räumlich ausgeschlossen.

442 Fässer mit Atommüll auf dem Prüfstand

Leese. In einem Zwischenlager für schwachradioaktiven Atommüll in Leese im Landkreis Nienburg stehen Hunderte Fässer, die intensiv nachbehandelt werden müssen. 442 Fässer müssten auf Feuchtigkeitsbildung innerhalb der Fässer überprüft werden, bestätigte Umweltminister Olaf Lies (SPD) am Sonntag. Wie der NDR zuvor berichtete, müssen einige der Fässer getrocknet werden, bei anderen hochgiftige Stoffe neu umschlossen werden. Der NDR bezog sich auf eine bisher unveröffentlichte Studie im Auftrag des Ministeriums.

Nach Angaben von Umweltminister Olaf Lies sind 13 Fässer bekannt, an deren Oberfläche sich Rost gebildet hat. Bei diesen habe sich Feuchtigkeit im Inneren der Fässer gebildet, und die Fässer müssten vor dem Transport in extra Behälter gelegt werden, sagte Lies. Der Betreiber des Zwischenlagers, die Braunschweiger Firma Eckert & Ziegler, wollte „grundsätzlich keine Spekulationen von dritter Seite in anderen Medien kommentieren“, sagte ein Sprecher der Firma der dpa. *dpa*

Wie lange bleiben die Fässer in Leese?²³

Aber selbst wenn Transport und Reparatur der Fässer gelingen - wohin mit ihnen? Es gibt immer noch kein Endlager für Atommüll. Der dafür vom Bund vorgesehene Schacht Konrad ist wohl erst 2027 bereit. Umweltminister Olaf Lies antwortete kürzlich im Landtag, die Fässer sollten wohl nach Leese zurück, um dort auf die Endlagerung zu warten. Dem NDR sagt er nun, man prüfe aber Alternativen: "Möglicherweise gibt es auch eine andere Lagerstelle, die dann noch gefunden werden muss, wenn es noch länger dauert. Das ist alles noch mit dem Bund zu klären."

Die Ausschreibungsunterlagen sehen vor: Bis Ende 2025 sollen alle Fässer bearbeitet sein - "nach derzeitigem Planungs- und Erkenntnisstand". Fünf Jahre später will die örtliche Raiffeisen-Genossenschaft das Lager nicht weiter verpachten. Ob die Zeitpläne eingehalten werden können? Die Geschichte der Atommüll-Lager ist eine Geschichte der Planänderungen.

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Atommuell-in-Leese-Mehr-Problemfaesser-als-bekannt,leese120.html

²³ dpa, 16.04.2018, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Atommuell-in-Leese-Mehr-Problemfaesser-als-bekannt,leese120.html

10.1 Eingangslager am Übergabebahnhof Beddingen

Soll am Bahnhof Beddingen ein Eingangslager für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle für das Endlager Schacht Konrad angelegt werden?

... So wird der Oberbürgermeister der Stadt Salzgitter Frank Klingebiel (CDU) auch mit den Worten zitiert: „Mit einem zentralen Eingangslager für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle wird die Gefährdungslage in unserer Region weiter erhöht. Es ist ein Skandal, dass man sich auf keine Zusagen verlassen kann. Die Studie zu den Transportgefahren ist auf 2020 verschoben, die zusätzliche Einlagerung von 300.000 Kubikmeter strahlendem Müll ist noch lange nicht vom Tisch und nun soll entgegen allen Beteuerungen doch ein Eingangslager kommen.“²⁴

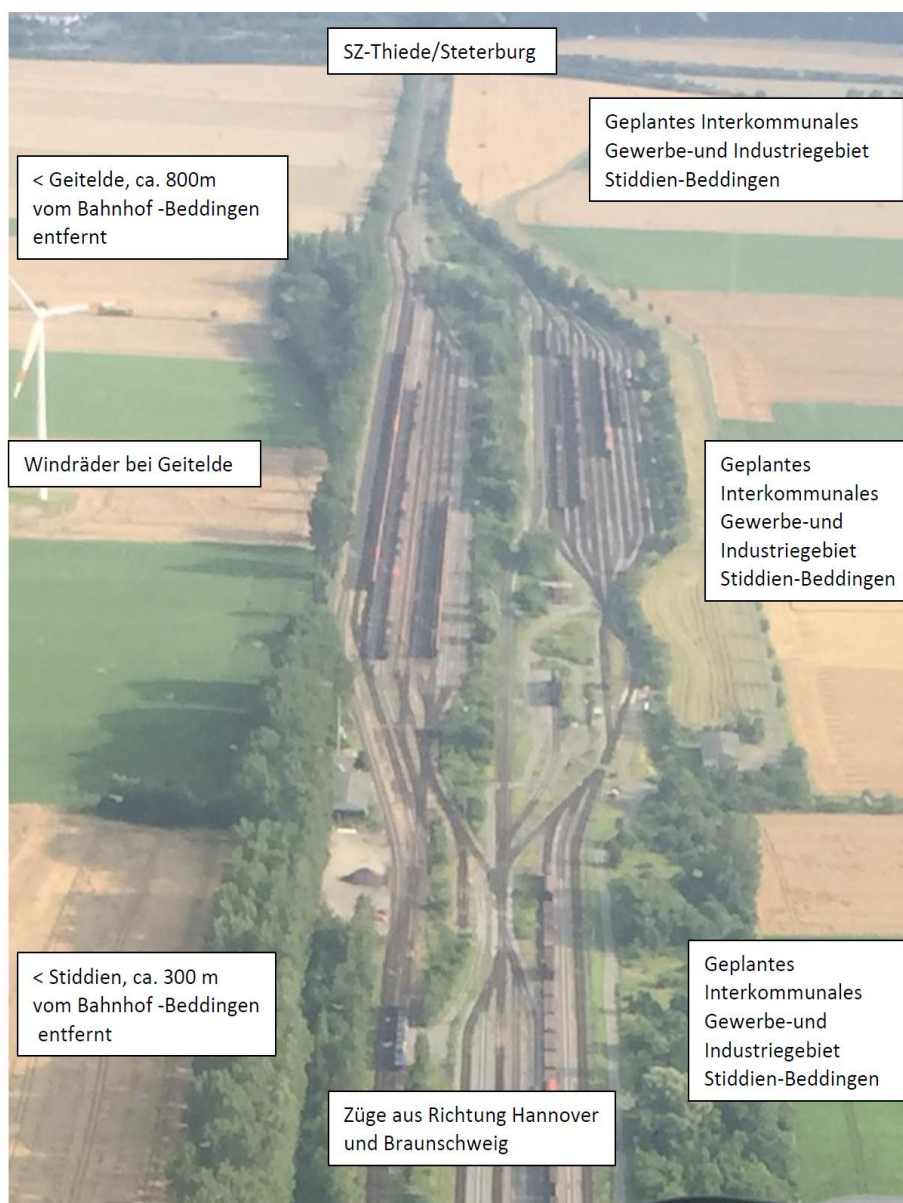


Abbildung 12: Luftbild vom Bahnhof Beddingen

²⁴ Grafik: BI SüdWest Braunschweig, Atommüll Endlager: Wird Beddingen zum Übergabebahnhof? 10. Mai 2017 von Alexander Panknin www.regionalsalzgitter.de

11 Bedarf an Gewerbeflächen

In diesem Kapitel wird erörtert, ob das Argument der Befürworter – es wird mehr Gewerbefläche benötigt – wirklich stichhaltig ist.

"Der Wunsch nach besseren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und einer wirtschaftsfreundlichen Politik auf Landes- und Bundesebene prägte am Dienstagabend den Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer (IHK) Braunschweig. Mehr als 1200 Gäste waren dazu in die Braunschweiger Stadthalle eingeladen. ...Um weiteres Wachstum zu ermöglichen, sei es erforderlich, Gewerbeland auszuweisen, sagte Streiff. Von herausragender Bedeutung sei dabei das Gewerbegebiet Stididien-Beddingen, das gemeinsam von den Städten Braunschweig und Salzgitter entwickelt werde. Die IHK unterstütze dieses Projekt mit Nachdruck.

Beide Städte brauchen weitere Flächen zur Ansiedlung von Betrieben. Es ist elementare Aufgabe der Städte Sorge zu tragen, dass genügend Wohn- und Arbeitsstätten entstehen können. Die bedarfsgerechte Entwicklung von innovativen Gewerbe- und Industrieflächen über kommunale Grenzen hinweg stärkt unsere Standorte. So sichern die Städte ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit."

(Flyer der beiden OBs, April 2017)

Sucht man bei den beiden Oberbürgermeister nach Argumenten für die unbedingte Notwendigkeit, ein neues Industrie- und Gewerbegebiet am Stadtrand anzustreben, so findet sich im Kern nur ein einziges: Wir brauchen mehr Gewerbeflächen. Das wird dann mit Begriffen wie „Zukunftsfähigkeit, „Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit“, „Stärkung des Standorts“ , „bedarfsgerecht“. „innovativ“ verknüpft. Tatsächlich ist die Zerstörung von Europas bestem Ackerboden ein außerordentlich innovativer Akt, der in 10.000 Jahren Gewachsenes in wenigen Monaten unwiderruflich zerstören würde.

Einen Hinweis auf **neue** Arbeitsplätze sucht man vergebens, kein Hinweis auf höhere Gewerbesteuererinnahmen, kein Hinweis aber auch auf Klima oder Ökologie. Es wird eindimensionales Denken in Reinkultur gepflegt und das Gewerbeflächen-Mantra so lange wiederholt, bis es nicht mehr wirklich begründet werden muss.

Aber was ist, wenn Braunschweig wirklich neue und große Flächen braucht?²⁵

Eine wesentliche Grundlage städtischen Handelns ist das "Gewerbeflächenentwicklungskonzept", das der Rat zeitgleich mit der Machbarkeitsstudie 2016 beschloss. Aus ihm geht u.a. hervor:

²⁵ "Uns fehlen Fachkräfte, nicht Akademiker", BZ, 10.01.2018, Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig, Jan. 2016

http://www.braunschweig.de/leben/stadtplanung_bauen/stadtplanung/Gewerbentwicklungskonzept.html
18-07135 Wirtschaftsdezernent Leppa an den Wirtschaftsausschuss, Gewerbeflächenentwicklung in Braunschweig, Verkaufszahlen 2017 und Entwicklungsperspektiven

Aktueller Stand: <https://www.komsis.de/de/gewerbeflaechen/>? abgerufen am 24.04.2018

Innerhalb von 26 Jahren (1988- 2013) hat die Stadt Flächen im Umfang von ca. 212ha verkauft, 8ha pro Jahr im Schnitt, ab 2000 aber nur noch 6,8ha pro Jahr. im Jahr 2016 wurden insgesamt 10,59 ha Gewerbefläche verkauft, im Jahr 2017 waren es nur noch 1,1ha. Dennoch wird der jährliche Bedarf laut Baudezernent Leuer weiterhin auf 5 – 10ha geschätzt.

Aktuell hat die Stadt noch 10,1ha (Hansestr. West) + 22,2ha (Waller See) sowie 5,2ha (Kralenriede) 1,2ha (Rautheim Nord) im Angebot.

"Wie dargelegt ist kaum seriös zu prognostizieren, wieviel Gewerbeflächen zukünftig gebraucht werden." (Gewerbeflächenentwicklungskonzept, S.19)

[abgerufen am 24.04.18 <https://www.komsis.de/de/gewerbeflaechen/>]

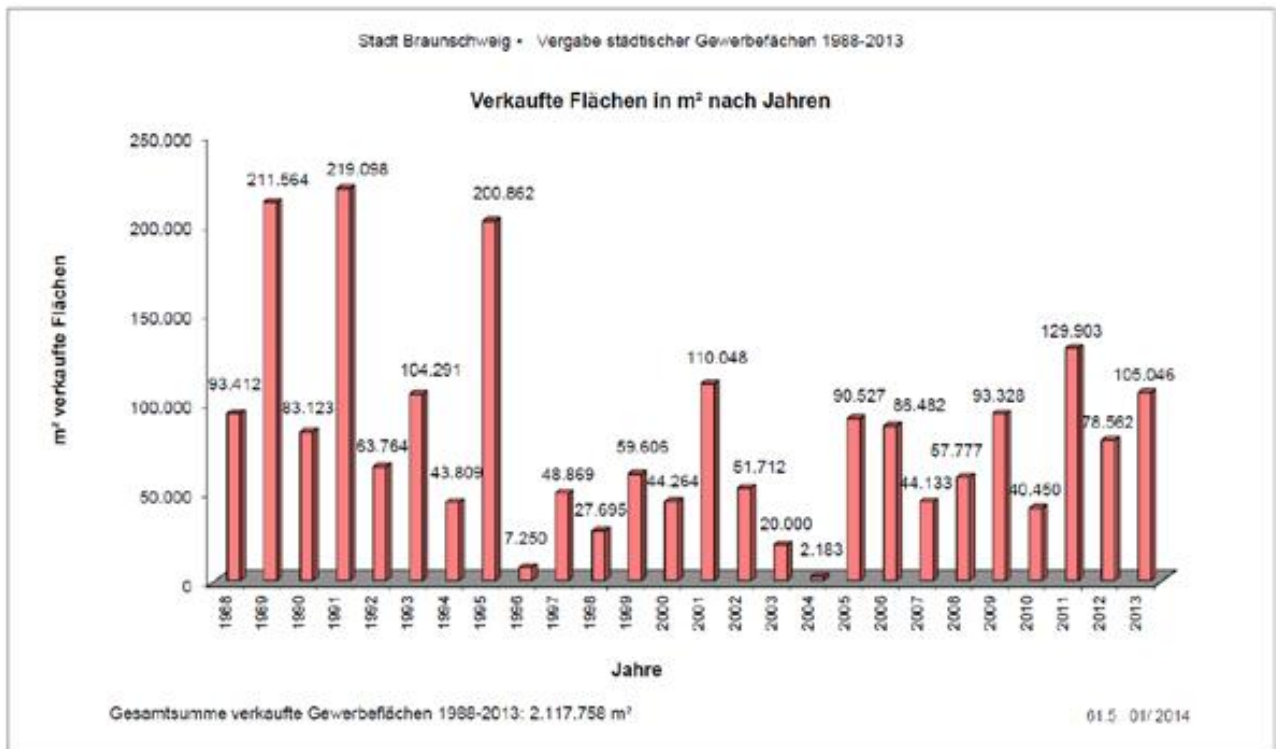


Abbildung 13: Verkaufte Flächen nach Jahren²⁶

²⁶ Grafik: Gewerbeflächenkonzept, S.14, Konzept S. 16ff

18-07135 Wirtschaftsdezernent Leppa an den Wirtschaftsausschuss, Gewerbeflächenentwicklung in Braunschweig, Verkaufszahlen 2017 und Entwicklungsperspektiven

Im Folgenden werden die Argumente der Befürworter näher betrachtet²⁷:

1. Gewerbeflächen am Stadtrand gehört nicht die Zukunft. Das weiß auch OB Markurth.

"Zudem ändern sich auch die Ansprüche, die Betriebe an Arbeitsstätten stellen.

Monofunktional konzipierte Gewerbegebiete am Rand der Stadt verlieren an Bedeutung.

Innenstadtnah gelegene Arbeitsstätten mit guter ÖV-Anbindung, mit guter technischer und sozialer Infrastruktur in einem attraktiven städtebaulichen Umfeld bzw. mit anspruchsvoller Architektur und ergänzenden Freizeit- und gastronomischen Angeboten werden zunehmend nachgefragt."

Diese zitierten Sätze sind aus dem Gewerbeflächenentwicklungskonzept der Stadt Braunschweig zitiert (S. 5). Wenn jetzt etwa auf den Flächen des ehemaligen Braunschweiger Hauptgüterbahnhofs "ein Mischgebiet aus Wohnen und Arbeiten", Arbeitstitel "Bahnstadt", entwickelt werden soll, dann entspricht dies genau den konzeptionellen Aussagen. Einziger Wermutstropfen: es wird mindestens einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag kosten. Aber dafür handelt es sich ja auch mit 144ha um eine für ein innerstädtisches Gebiet geradezu riesige Fläche.

2. Die meisten Betriebe suchen gar keine großen Flächen. Das weiß auch OB Markurth

Die meisten Betriebe in Braunschweig suchen gar keine großen, sondern nur vergleichsweise kleinen Flächen zwischen 0,2 – 0,5ha, wie Wirtschaftsdezernent Leppa in seinem Lagebericht an den Wirtschaftsausschuss 2018 einräumte.

3. Die meisten Betriebe haben sehr spezifische Anforderungen an das Umfeld. Das weiß auch OB Markurth

"Insgesamt kommen ca. 80 % bis 90 % der Nachfragen nach Gewerbeflächen aus dem Stadtgebiet und dem Umland von Braunschweig. Viele Mittelständler sind in Braunschweig und der Region verwurzelt und wechseln deshalb nur ungern den Standort, selbst wenn woanders höhere Fördergelder und

günstige Flächen locken. Teilweise werden sogar nur bestimmte Stadtteile bevorzugt". (Konzept, S.16)

Ob deren Anforderungen wohl in einem interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter erfüllt würden? Und wandern sie deshalb gleich wo anders hin ab, wenn sie nichts passendes finden? Offenbar nein, s.o.

²⁷ BZ, 29.01.16 Braunschweig ist eigentlich prima, aber ..."Kreishandwerkerschaft: kein Gewerbeflächenmangel zu beklagen"

BZ, 09.03.18 "Mehr als 40 Unternehmen suchen Gewerbeflächen"
18-07135 a.a.O. Gewerbekonzept S.19

4. Die meisten Betrieben (die vielen Mittelständler etwa) haben andere Sorgen, als den Mangel an Gewerbeflächen. Das weiß auch OB Markurth. Aber die IHK sieht das ja anders

Bei einer Umfrage der Kreishandwerkerschaft stellte sich heraus, dass der Mangel an freien Gewerbeflächen keinen wesentlichen Kritikpunkt darstellt. (Fazit: Braunschweig, ist eigentlich ganz prima, aber...) *"Überraschend dagegen: Einen ausgesprochenen Mangel an Gewerbeflächen, den Braunschweigs Wirtschaftsförderer beklagen, den verspürt das Handwerk offenbar nicht so drastisch."* Von 18 abgefragten Punkten rangierte das Thema erst an achter Stelle; weit hinter dem Fachkräfte- und Lehrlingsmangel, den zu hohen Steuern und Abgaben, zu langsamem Internet, der Bearbeitungsauer bei Anträgen und auch noch nach der Verfügbarkeit von Wohnraum.

"Mehr als 40 Unternehmen suchen Gewerbeflächen" titelte die BZ am 09.03.18;

Obwohl , wie Wirtschaftsdezernent Leppa betont, die Nachfrage nach Gewerbeflächen unverändert hoch ist, wurde im abgelaufenen Jahr lediglich ein Hektar von der Stadt verkauft. Obwohl „mehr als 40 Firmen Flächen suchen“ (hauptsächlich zwischen 0,2 und 0,5ha), sind aktuell 3ha sofort verfügbar. Weitere 22,2ha am Waller See werden gerade erschlossen und noch dieses Jahr verfügbar sein. Weitere 10,1ha im Bereich Hansestr. sind ebenfalls noch frei. Ungerührt von den eigenen Zahlen werden dennoch düstere Zukunftsszenarien gezeichnet: „Perspektivisch besteht die Gefahr, dass eine anhaltende Flächenknappheit die Abwanderung von Betrieben in das Umland verstärkt, was wiederum den Verlust von Arbeitsplätzen und Gewerbesteuererinnahmen bedingt. (Das haben wir aber im Gewerbeflächenentwicklungskonzept etwas anders gelesen, nicht wahr, Herr Leppa?). Daher ist die rasche Entwicklung neuer Flächen unabdingbar“, so Leppa in einer aktuellen Vorlage an den Wirtschaftsausschuss. Warum trotz freier Flächen Wartelisten existieren – Begründung Fehlanzeige. Im Gewerbeflächenentwicklungskonzept wird immerhin ein Grund genannt: „Viele Mittelständler wechseln ungern den Standort“. ... „Teilweise werden sogar nur bestimmte Stadtteile bevorzugt“. Da leuchtet die Sinnhaftigkeit überhaupt nicht ein, dass die Stadt gemeinsam mit Salzgitter ein neues Industrie- und Gewerbegebiet im Grenzbereich plant, diesmal gleich mit 300ha. Auf das kommt man dann aber auch nur von Salzgitter aus (wo bereits über 50ha Gewerbeflächen in unmittelbarer Nähe des geplanten Gebietes leer stehen). Logik? Kluge Planung?

Merke: "Wie dargelegt ist kaum seriös zu prognostizieren, wieviel Gewerbeflächen zukünftig gebraucht werden." (Gewerbeflächenentwicklungskonzept, S.19)

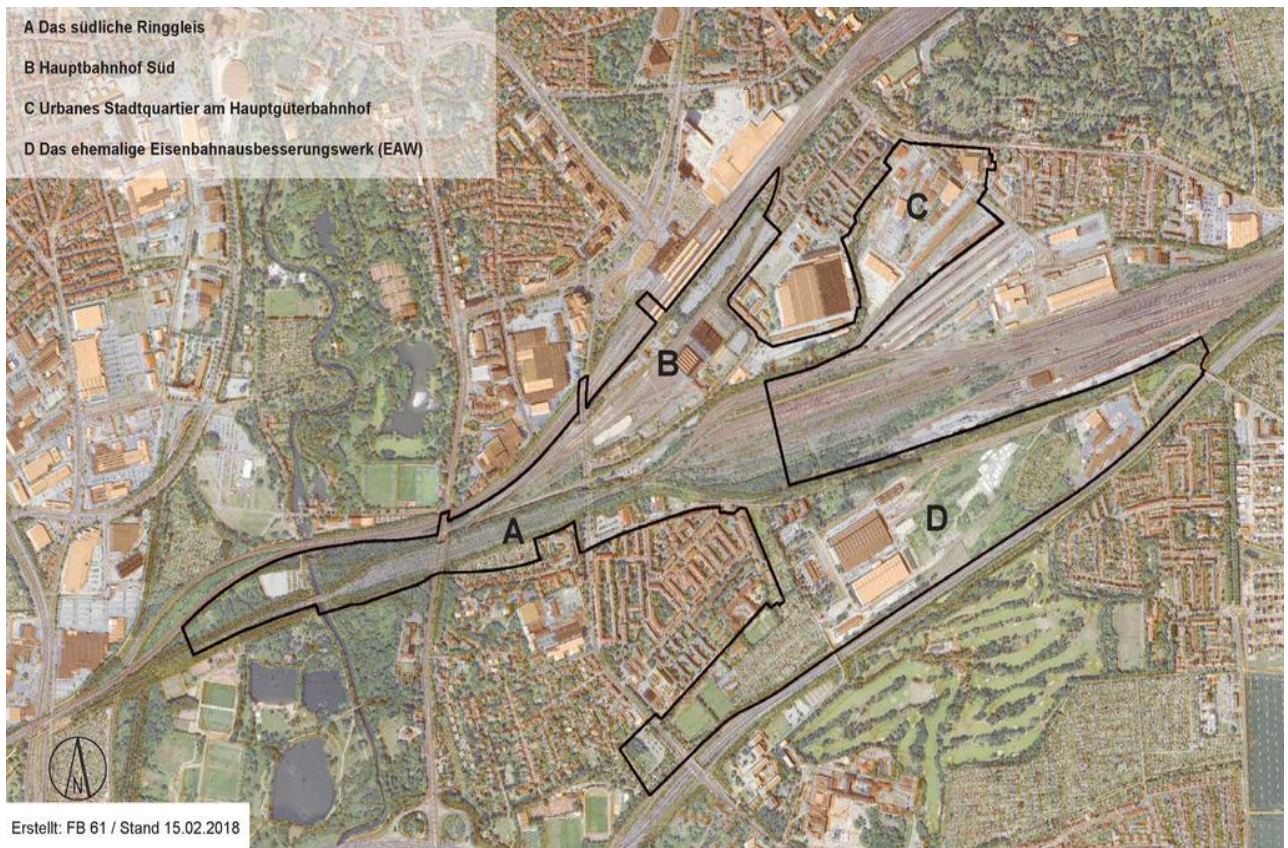


Abbildung 14: Luftbild des geplanten Gewerbegebiets Bahnstadt²⁸

Mit den anlaufenden Planungen zur Bahnstadt sollte sich perspektivisch ein weiteres, zusätzliches und auch sehr teures Gebiet in Randlage, das noch nicht einmal von Braunschweig aus erreichbar ist, eigentlich erübrigen.

Der OB Herr Markurth verneint dies:

„Markurth machte deutlich, dass die Bahnstadt strukturell in ihrer Konzeption eines innerstädtischen Mischgebiets aus Wohnen, Arbeiten und Freizeit etwas völlig Anderes sei als das im Süden geplante Gewerbegebiet in Salzgitter (?). Dort gehe es um größeres, mit Innenstadtlagen gar nicht kompatibles Gewerbegebiet.“

Konkreter noch wird sein Amtskollege aus Salzgitter, Oberbürgermeister Klingebiel:

"Das neue Gewerbegebiet soll ganz neue Perspektiven eröffnen. Die Flächen sollen auch von Unternehmen genutzt werden, deren Mitarbeiter rund um die Uhr arbeiten. Das bedeutet aber auch mehr Lärm".

²⁸ Grafik: Stadt BS, FB 61, 15.02.18 Bahnstadt:
http://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/ob/297_Bahnstadt_050418.pdf

Offen ist, welche Bürger in Braunschweig (zusammen mit Salzgitter) ein weiteres eigenes Gebiet für Fabrik- und Verkehrslärm und Emissionen im 24-Stunden/365-Tage-pro-Jahr-Betrieb brauchen.

Nochmals das Gewerbeflächenkonzept:

"Nur noch im Ausnahmefall suchen Großunternehmen neue Standorte. Großansiedlungen mit hohem Flächenbedarf kommen (Ausnahme Logistik) nur noch etwa alle ca. 5 bis 10 Jahre vor."

Für einen solchen Verdachtsfall sollen 300ha bestes Ackerland einschließlich der dort lebenden geschützten Tierwelt abgeräumt werden - "So sichern die Städte ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit"?

Die Anzahl und Größe der vorhandenen Gewerbeflächen reichen aus (siehe folgende Tabelle).

Tabelle 9: Anzahl und Flächen der Gewerbegebiete²⁹

Ort	Gewerbegebiete (über 10ha)	Flächen (ha)
Ilsede	1	11,3
Peine	2	15,9 + 51
Wendeburg	1	39
Wolfenbüttel	1	40
Wolfsburg	6	18 + 48,4 + 32,5 + 78 + 34,4 + 69,2
Salzgitter	2	49 + 26
Braunschweig	2	Hansestr. West; 10,1 Waller See: 22,2 Kalenriede: 5,2
Braunschweig	1 (geplant)	Bahnstadt (Wohnen & Gewerbe): 144

Noch ist der Wettlauf der Kommunen um Gewerbeansiedlungen und um die dadurch erhofften Gewerbesteuer-Mehreinnahmen in vollem Gange, auch wenn längst absehbar ist, dass diese riesigen, mit unseren Steuergeldern entwickelten Flächen gar nicht alle verkauft werden können - diese leidvolle Erfahrung macht man in Salzgitter schon seit vielen Jahren - Geld, was an anderer Stelle dringend gebraucht würde.

²⁹ Aktueller Stand: <https://www.komsis.de/de/gewerbeflaechen/>? abgerufen am 24.04.2018

Für Braunschweig gilt dies, wie schon beim Flächenverbrauch und beim Bodenschutz, natürlich nicht. Ebenso wie Braunschweig natürlich die Ansiedlung von atomaffinem Gewerbe rechtssicher verhindern wird, so kann natürlich Braunschweig ein neues Gewerbegebiet schnell verkaufen. Na ja, an einigen Stellen, wie bei Hansestraße-West, kann es auch schon mal etwas länger dauern. Aber das bessere Image als die lieben Partner hat man allemal. Einziger Wermutstropfen: Man kommt nur über deren Stadtgebiet aufs Gelände und muss sie deshalb mit ins Boot holen. Aber, wie sagten die OBs von Anfang an: Am Geld wird es nicht scheitern! Und so könnte es eigentlich noch lange weiter gehen. Noch gibt es ja auch in der Stadt ein paar Grünflächen, sogenannte "Parks". Aber wenn die dann 2038 auch in Gewerbeflächen verwandelt wurden - was dann? Ganz einfach! Braunschweig kauft die Gewerbeflächen in Salzgitter und vermarktet sie mit dem Braunschweiger Löwen. Müsste doch eigentlich klappen? Salzgitter hat eh kein Geld für so was.

Leppa: Gemischte Quartiere für die Arbeitswelt der Zukunft³⁰

Während das Credo von Mehr an Gewerbeflächen von Stadt und Lobbyisten dominiert, wird dahinter schon an einer etwas anderen Zukunft gearbeitet. Derselbe Herr Leppa, Wirtschaftsdezernent, der Ende Februar vor dem Wirtschaftsausschuss vehement den Gewerbeflächenmangel beklagte, kann Mitte März vor dem Arbeitgeberverband auch eine andere Melodie pfeifen, und die geht so:

Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa hat beim 14. Immobilienfrühstück der Braunschweig Zukunft GmbH die Bedeutung gemischter Quartiere betont, die Wohnen, Arbeiten und Freizeit miteinander verbinden. „Gemischte Quartiere sind ein wichtiger Baustein einer zukunftsorientierten Standortentwicklung“, sagte Leppa.

Braunschweig stelle daher mit dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) die richtigen Weichen für die Zukunft, so Leppa. Dieser strategische Rahmen sei wichtig, um sich den Herausforderungen einer wachsenden Stadt mit begrenzten Flächen zu stellen. Maßvolle Nachverdichtung, Innenentwicklung und vor allem Revitalisierung seien zentrale Elemente, um Braunschweigs Potenziale bestmöglich zu nutzen. Der Wirtschaftsdezernent lud die Immobilienfachleute dazu ein, sich mit den im Laufe des Jahres zu erwartenden ISEK-Ergebnissen auseinanderzusetzen und ihre Expertise unbedingt bei der abschließenden Beteiligung einzubringen.

„Gemischte Quartiere schaffen Raum“

Im Zuge der Digitalisierung und des Wandels der Arbeitswelt nehme die Zahl wissensbasierter Dienstleistungen seit Jahren zu und werde künftig noch weiter steigen. „Gemischte Quartiere schaffen Raum für neue Arbeitsformen. An einschlägigen Orten im Stadtgebiet sollten zudem Co-Working-Spaces und andere Treffpunkte entstehen, an denen sich etwa IT-Spezialisten, Kreative, Freiberufler und Fachleute aus verschiedensten Tätigkeitsfeldern begegnen und austauschen können“, sagte Leppa.

Es stellt sich also die Frage, ob das geplante interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet wirklich alternativlos ist.

³⁰ <http://www.agv-bs.de/leppa-gemischte-quartiere-fuer-die-arbeitswelt-der-zukunft/>

12 Schaffung von Arbeitsplätzen

In diesem Kapitel wird das Argument der Befürworter beleuchtet – die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das Argument findet sich jedoch nicht im Flyer der beiden OBs.

"Der Mangel an Fachkräften beschreiben die IHKN als Geschäftsrisiko Nummer Eins. Bewerteten die Betriebe das im Jahr 2016 noch mit 38 Prozent, sind es im ersten Quartal dieses Jahres schon 58 Prozent. Der Hauptgeschäftsführer der niedersächsischen Kammern, Horst Schrage, fordert deshalb: „Wir brauchen dringend mehr berufliche Ausbildung plus eine qualifizierte Zuwanderung.“ Im Handwerk haben derzeit 44 Prozent der Betriebe in unserer Region offene Stellen. Besonders gesucht: Auszubildende und gewerblich-technische Fachkräfte." ³¹

Wissenschaftler der ING DiBa untersuchten den deutschen Arbeitsmarkt anhand der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit und errechneten nach einer im April 2015 veröffentlichten Studie für Deutschland eine Gefährdungsquote von 59 Prozent der Arbeitsplätze, die durch fortschreitende Digitalisierung in den kommenden beiden Jahrzehnten mit hoher Wahrscheinlichkeit in Fortfall kommen könnten.

Die Arbeitskräftenachfrage im Agenturbezirk Braunschweig-Goslar ist weiter ungebrochen. 4.735 Stellenangebote, im wesentlichen für Fachkräfte, werden aktuell im Bestand gezählt. Das sind 701 oder 17,4 Prozent mehr als noch vor einem Jahr.

Jedes Unternehmen, das sich heute neu ansiedeln wollte, müsste seine eigenen Arbeitskräfte selbst mitbringen, insbesondere, wenn es sich qualifizierte Fachkräfte handelt. Die Arbeitsagentur geht mittlerweile davon aus, dass viele Betriebe ihren Bedarf gar nicht mehr melden, weil sie ohnehin davon ausgehen, dass er auf dem "Arbeitsmarkt" nicht gedeckt werden kann.

"Insgesamt kommen ca. 80 % bis 90 % der Nachfragen nach Gewerbeflächen aus dem Stadtgebiet und dem Umland von Braunschweig. Viele Mittelständler sind in Braunschweig und der Region verwurzelt und wechseln deshalb nur ungern den Standort" (Gewerbeflächenentwicklungskonzept).

³¹ Fachkräftemangel ist Risiko Nummer eins für Unternehmen, BZ, 14.04.2018

<https://www.ing-diba.de/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing-diba-economic-analysis-die-roboter-kommen.pdf>

Regionale Wirtschaft bleibt Jobmaschine - viele freie Stellen; Presse Info 20 vom 28.02.2018

<https://www3.arbeitsagentur.de/web/content/DE/Presse/Detail/index.htm?dfContentId=EGOV-CONTENTS72273>

Gew.fl.konzept, S.13

So dürften auch bei der Ausweisung neuer Flächen Betriebsumsiedlungen den Löwenanteil ausmachen.

Zum Vergleich: Im Zentrallager von IKEA im Gewerbegebiet Watenstedt-Ost ("IKEA-Distribution") arbeiten acht Menschen. Hier werden Teile des "Industrie 4.0"-Szenarios offenbar schon vorweg genommen.

Es bleibt festzuhalten: Neue Arbeitsplätze entstehen durch neue Gewerbegebiet so gut wie nicht.

13 Transparenz

Nach dem Umweltinformationsgesetz³² hat jede Person ohne weitere Begründung Anspruch auf Zugang zu allen Umweltinformationen, über die eine Behörde verfügt. Ausnahmen sieht das Gesetz für Braunschweig und Salzgitter nicht vor.

Als im November 2017 die ersten (Umwelt)Gutachten im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstellt waren, beantragten die Bürgerinitiativen in SZ und BS Einsicht. Nach langem Drängen bekam die Bürgerinitiative in SZ das Teilgutachten "Faunistische und floristische Bestandsaufnahme" ausgehändigt. Braunschweigs Verwaltung mauerte dagegen weiter (siehe Chronik 29.11.17 und 29.01.18). Erst nach zwei Monaten meldete sich die Verwaltung (unterzeichnet von Stadtbaurat Leuer im Namen des Oberbürgermeisters Markurth) bei der BI und teilte mit:

In einem ersten Schritt werden Gutachten erstellt. Wenn alle Gutachten vorliegen, werden die Verwaltungen die Gutachtenergebnisse werten und zu einem schlüssigen Gesamtkonzept zusammenführen und dieses in der Machbarkeitsstudie darstellen.

In einem zweiten Schritt wird diese Studie veröffentlicht und im Rahmen einer Informationsveranstaltung vor Ort vor- und zur Diskussion gestellt. Es wird für die Öffentlichkeit die Möglichkeit der Einsichtnahme sowohl der einzelnen Fachgutachten als auch der Machbarkeitsstudie geben und somit auch die Möglichkeit nachzuvollziehen, welcher Gutachter jeweils die Gutachten erstellt hat. In einem dritten Schritt wird die Studie den politischen Gremien zur Entscheidung gestellt. Erst hier fällt die Entscheidung für oder gegen die Entwicklung des Gebietes.

Ich bitte Sie daher, sich noch bis zum Abschluss der gesamten Untersuchungen und bis zum Vorliegen der Machbarkeitsstudie zu gedulden. Die Auswertung einzelner Gutachten, ohne die Ergebnisse der anderen Gutachten zu kennen, ist aus Sicht der beiden Städte nicht sinnvoll.

1. Nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) §3, Abs.3, Satz 1 hat die Antwort innerhalb eines Monats zu erfolgen
2. Es steht nicht im Belieben einer auskunftspflichtigen Stelle, ob sie eine Antwort überhaupt für sinnvoll hält, oder nicht doch lieber irgendwann später antworten will, wenn es ihr besser gefällt. Ein solches willkürliches Verhalten passt eigentlich besser in einen Obrigkeitsstaat (auch wenn es als Bitte daherkommt).

³² UIG: <http://www.bmu.de/themen/umweltinformation-bildung/umweltinformation/zugang-zu-umweltinformationen/umweltinformationsgesetz/>

FB Stadtplanung u. Umweltschutz, 61.5-F1, 29.01.18 "Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig/Salzgitter", Antwort an Herrn Warnat, gez. Stadtbaurat Leuer

Dabei handelt es sich keineswegs um einen einmaligen Vorfall. Wie auf S. 7 dargestellt, hat die auftraggebende Stadt die Politik und die Öffentlichkeit über die Größe des geplanten Gebietes bewusst und absichtlich im Unklaren gehalten. Sie hat **eine** Variante öffentlich dargestellt, **die andere jedoch verschwiegen** und dies als Handeln im Namen von Ratsbeschlüssen ausgegeben (siehe S. 8).

Damit wird auch ein mögliches Motiv dahinter sichtbar, Gutachten trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht zugänglich zu machen. Sie enthielten offenbar Weichenstellungen, die nicht öffentlich kommuniziert werden sollten.

Dazu kommt noch ein nicht zu unterschätzender zeitlicher Vorsprung von fünf Monaten (von der Erstellung bis zur Veröffentlichung), den die Verwaltung so vor der Öffentlichkeit hat.

13.1 Verkleinerte Alternativfläche

Die Grundflächenzahl 0,8 (*maximal möglicher Umfang, d.h. 80% der Fläche dürfen bebaut werden; einschließlich Verkehrswegen, der Verfasser*) ist eine völlig illusorische Vorgabe der städtischen Auftraggeber (siehe S. 8). Sie hätte eine Flächenversiegelung in einem Ausmaß zur Folge, dass die Gewässer mangels Grundwasserneubildung gefährdet wären.

Hier sieht der Gutachter:

„die erhebliche Gefahr der Beeinträchtigung des Naturguts Wasser“, „wenn das im Planungsgebiet anfallende Niederschlagswasser nicht vor Ort zur Versickerung gebracht werden kann und damit die Grundwasserneubildung beeinträchtigt wird. Im ungünstigsten Fall kann sich das Vorhaben negativ auf die Hydrologie der nördlich gelegenen Flächen um den Ellernbruchsee und die Niederung um den Fuhsekanal auswirken“ - mit entsprechenden Folgen für die Lebewesen dort (Kammolch!).³³

In Kenntnis der Gutachterempfehlung, für die Kammolchvorkommen in der Fuhseniederung einen *Mindestabstand von 1000m zu deren Schutz einzuhalten, ist Planalternative 2* (siehe S. 8) also schon allein deswegen bereits jetzt nicht mehr im Rennen.

³³ a.a.O. S.62 (Hydrologie), S.65 (Kompensationsbedarf)

Es verbleibt, gemäß Alternative 1, eine Grundfläche von 255ha. Der Gutachter weiter: *"Zusammenfassend ist unter Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Aspekte bei der Alternative 1 grob mit einem Kompensationsbedarf von mindestens 100ha zu rechnen"*.

Wenn dann darüber hinaus aus hydrologischen Gründen von einer maximal möglichen Grundflächenzahl von 0,6 ausgegangen werden muss, wobei üblicherweise noch 10,5% für Verkehrswege abzuziehen sind, dann werden schlussendlich **für SZ noch 90ha, für BS noch 60ha** nutzbare Fläche verbleiben.

Sollte noch klimatischen Erfordernissen nach Kaltluftschneisen Rechnung getragen werden müssen, würde sich die bebaubare Fläche noch weiter verkleinern, während sich die Kosten für Flächenerwerb, ökologische Ausgleichsmaßnahmen, Ausgleichsflächen für die Landwirte und die Erschließungskosten nur wenig verringern würden und im Bereich **oberhalb von 20Mio €** verblieben.

Damit könnte Braunschweig vielleicht sogar leben (wir erinnern uns: am Geld soll es nicht scheitern), könnte man die deutlich verringerte Fläche doch als Entgegenkommen an die Kritiker darstellen. Wer soll denn eigentlich die 90ha Salzgitters bezahlen (natürlich die Braunschweiger Steuerzahler!) und was haben die Bürger ihrer Stadt davon - von den hauptbetroffenen Anwohnern ganz zu schweigen (was sie selbst wohl kaum tun werden)?

Die offenen Fragen sind:

Wenn aus einem Industrie- und Gewerbegebiet von 150ha eines zu den Kosten von 300ha wird, wer zahlt die Zeche? Wer verliert dabei? Wem nutzt das? Wer will das so haben? Mit wessen Geld wird hier gewirtschaftet?

14 Fokus auf Salzgitter

Da Salzgitter gänzlich andere Voraussetzungen besitzt als Braunschweig – wie z.B. die hohen Schulden – widmet sich das folgende Kapitel der hochverschuldeten Stadt Salzgitter.

"Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit

Generell ist eine abgestimmte Vorgehensweise zur Entwicklung eines gemeinsamen statt zweier unabhängiger Gewerbegebiete vorzuziehen. So können Reibungsverluste sowie Flächenkonkurrenzen begrenzt werden. Gemeinsam lassen sich in der Planungsphase besser und kostengünstiger Gutachten bzw. die Gesamtplanung vergeben sowie eine sinnvollere Gesamtordnung der baulichen und sonstigen Nutzungen realisieren. In Anbetracht der Größenordnung des Gebietes wird es konzeptionell sinnvoll sein, unterschiedliche Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen verschiedener Größenordnungen und Branchenzugehörigkeit festzulegen.

Auch in der Realisierungsphase lassen sich Vorteile generieren, sei es beim gemeinsamen Marketing, der verkehrlichen Erschließung, bei der Steuerung der Ansiedlung von Betrieben nach Branchenzugehörigkeit (Clusterung) und bei der Einrichtung notwendiger Infrastrukturen, die sich in einem großen Gebiet besser finanziell tragen."

(Aus dem Beschluss zur Machbarkeitsstudie³⁴)

Die finanzielle Situation Salzgitters war und ist den Beteiligten bestens bekannt:

370.000.000€ betragen die Schulden der Salzgitter aktuell; dazu dürften nochmals 100Mio € in städtischen Betrieben ausgelagerte Defizite kommen. Die letzte größere Zielvereinbarung zwischen Salzgitter und dem Land lief über mehrere Jahre und endete im Dezember 2017. Sie sah vor, dass die Stadt jährlich rund 4,5 Millionen Euro weniger Kredite aufnahm als geplant.

"Die hoch verschuldete Stadt steht weiter unter massivem Handlungsdruck. Das Land hat Salzgitter wegen der außergewöhnlich angespannten Finanzlage eine beantragte Bedarfszuweisung in Höhe von rund 5 Millionen Euro gewährt. Doch mit Annahme des üppigen Zuschusses verpflichtet sich die Stadt, den Etat spätestens ab 2021 jährlich um 5 Millionen Euro zu entlasten." schreibt die BZ am 18.04.

³⁴ Beschlussvorlage der Machbarkeitsstudie, 16-01614, 01.04.2016
<http://regionalsalzgitter.de/verschuldung-der-stadt-weiter-angestiegen/>
 SZ, 29.12.17, "OB Klingebiel: Das Jahr wird für die Stadt entscheidend"

Diese Fragen bleiben offen:

Woher soll das Geld in Salzgitter kommen,

- für den Ankauf der Flächen der Landwirte (vorausgesetzt, sie verkaufen),
- für ökologische Ausgleichs- und Pflegemaßnahmen (c. 4-5 Mio €),
- für die Erschließung der Flächen?

"Außerdem geht es um die Kosten. Die Entwicklung des Industrie- und Gewerbegebiets kann Salzgitter mit seinem Haushalt nicht leisten. Wir müssen also über kreative Wege wie zum Beispiel eine Vorfinanzierung durch Braunschweig nachdenken und Kosten über die die Erlöse wieder ausgleichen." (OB Klingebiel am 29.12.17, "Das Jahr wird für die Stadt entscheidend")

In der Summe beläuft sich der Anteil Salzgitters auf einen zweistelligen Millionenbetrag. Während die Stadt an der Grenze der Zahlungsunfähigkeit steht und nur durch Millionenzuschüsse aus der Landeskasse davor bewahrt wird und in den nächsten Jahren jährlich 5Mio einsparen muss und schon eine knappe halbe Milliarde Euro Schulden hat, soll sie eben mal 10Mio Euro (Minimum) für neue Industrie- und Gewerbeflächen ausgeben? Sie würde damit zu den mindestens 75ha nicht vermarkteten Flächen weitere 176ha (laut Flyer der OBs) dazu bekommen. Indem sie noch nicht veräußerte Flächen verkaufen könnte, würde sie damit die Erschließungsinvestitionen refinanzieren können. Kommen jetzt neue Flächen dazu, müsste sie sich selbst Konkurrenz machen und der Verkauf der "Altflächen" und mit ihr die Schuldentilgung würden in noch weitere Ferne rücken.

Das erinnert fatal an die Rezepte eines US-Präsidenten, der mit Steuersenkungen das Haushaltsdefizit bekämpfen möchte.

14.1 Beispiel für eine naturschutzwidrige Nutzung in Salzgitter

2007 wollte ein Unternehmen in Üfingen auf einer Fläche zwischen Kanal, A39, Landstraße nach Thiede und Kiesteich eine Kartbahn bauen. Am 08. Mai 2007 untersagte die Stadt Salzgitter (Zeichen 61.2.10) dieses Vorhaben. Damit wehrten sich die in einer Bürgerinitiative organisierten Bewohner der Umgebung erfolgreich gegen ein Vorhaben, das mit erheblicher Lärmentwicklung und Naturzerstörung einher gegangen wäre.³⁵

"Die Beurteilung der naturschutzrechtlichen Belange erfolgt vor dem Hintergrund aktueller Rechtsprechung zum Artenschutz: insbesondere findet das Urteil des BVerwG 9 A 28.05 vom 21.07.2006 Beachtung. Im Leitsatz hierzu heißt es:

- „Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 19 Abs. 2 BNatSchG sind grundsätzlich nicht geeignet, die Verwirklichung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 42 Abs. 1 BNatSchG zu verhindern.

³⁵ Stadt Salzgitter, Errichtung einer Kartrennstrecke mit Nebenanlagen, hier: Versagung der Genehmigung, Zeichen 61.2.10, 08.05.2007

- § 43 Abs. 4 Satz 1 BNatSchG bietet nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 10 Januar 2006 - Rs. C-98/03 - (NVwZ 2006. 319) keine Grundlage für die Zulassung eines gegen Verbotstatbestände des § 42 Abs. 1 BNatSchG verstoßenden (Straßenbau-) Vorhabens. Von diesen Verboten kann aber... eine Befreiung nach § 62 BNatSchG erteilt werden. ...

Der landschaftspflegerische Fachbeitrag (Stand Juni/Juli 2006) zur geplanten Rennstrecke beschreibt die Eingriffe und deren Auswirkungen in hinreichendem Umfang. Kompensationsmaßnahmen werden allgemein durch Angabe ihrer Art beschrieben und mehrheitlich auch durch Lagebeschreibung in Text und Karte. Quantitative Beschreibungen oder ausführungsfähige Pläne liegen nicht vor. ...

Besonderes Augenmerk bei der Erfassung von Arten und Lebensgemeinschaften wurde auf die Avifauna gerichtet, da zu vermuten war, dass sowohl auf der zu bebauenden Fläche selbst als auch in den benachbarten Bereichen Beeinträchtigungen und Störungen eintraten könnten. Dies wird durch das Gutachten auch bestätigt.

Im Fachbeitrag wird für die Fläche der Rennstrecke folgender Sachverhalt festgestellt: Im Zusammenhang mit der Überbauung der Ackerflächen kommt es zu möglichen Beeinträchtigungen der Vogelarten, die auf diesen Flächen brüten. Das heißt, direkt betroffen sind das Rebhuhn, die Feldlerche und die Schafstelze.

Da es sich bei den betroffenen Vögeln um wild lebende Tiere sowohl der besonders geschützten Arten als auch der europäischen Vogelarten handelt, gelten die Verbote des § 42 BNatSchG. Die Beseitigung der festgestellten Brutreviere von Rebhuhn, Feldlerche und Schafstelze verstößt gegen § 42 Abs. 1 Nr. 1, die Störung dieser Arten gegen Nr. 3.

Nach aktueller Rechtsprechung durch das BVerwG können diese Verbote nur durch eine Befreiung nach § 62 BNatSchG überwunden werden."

Die Behörde stellt dazu dann abschließend fest:

"Die Voraussetzungen für eine Befreiung gemäß § 62 BNatSchG sind somit nicht erfüllt, das Vorhaben ist daher aufgrund von Verstößen gegen naturschutzrechtliche Belange nicht genehmigungsfähig."

Es bestehen Gemeinsamkeiten bzw. Übereinstimmungen mit dem nun auf der anderen Straßenseite geplanten Industrie- und Gewerbegebiet.

14.2 Die Lebenswertigkeit in Salzgitter

„Es gibt in Deutschland keine Region, die in der Beeinträchtigung von Lebensraum und Lebensqualität ihrer Bewohner mehr eingeschränkt ist! Diese Situation hat die Grenzen des zumutbaren schon jetzt längst überschritten.“ (BI "Nein zum geplanten Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig" im aktuellen Flyer).

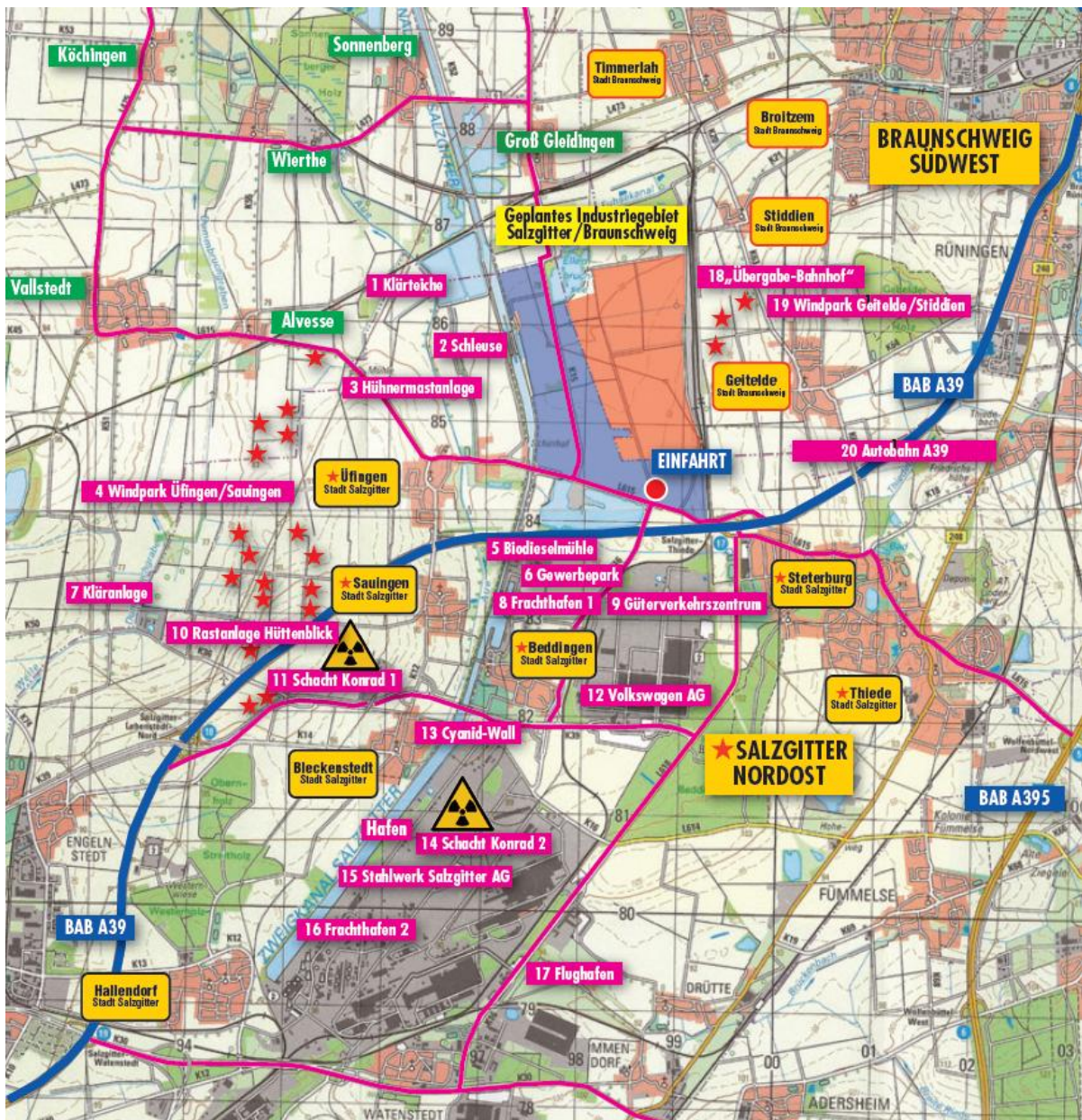


Abbildung 15: Auszug aus dem Flyer der Bürgerinitiative Salzgitter³⁶

Die obige Grafik macht dies anschaulich (die rot eingezeichneten Straßen zeigen die schnellsten mautfreien Verbindungen der Transportwege des Schwerlastverkehrs zum geplanten Gebiet). Auf dem einzigen natürlichen Freiraum in der industriell umklammerten Region soll eine 24 Stunden rund um die Uhr arbeitende, lärmintensive Produktionsstätte entstehen, von aktivem Schwerlastverkehr aus allen Himmelsrichtungen begleitet, 365 Tage im Jahr.

³⁶ <http://www.big-szbs.de/bi-info/warum>

In einer Rede des Oberbürgermeisters von Salzgitter, Frank Klingebiel, im Bistum Hildesheim vom 12. März 2017 sagte er:

„Wo die Grenze zwischen Fortschritt und Habgier liegt, bestimmt der Mensch. Lassen Sie uns nicht nachlassen im Bemühen, den Wert der Schöpfung zu achten und die Schöpfung zum Guten des Menschen und der Erde zu nutzen. Gott schuf eine Agrarwelt. Er sah den Menschen als Teil eines bäuerlichen Lebens. Mensch und Tier sind beide in ihrer Ernährung von Pflanzen abhängig und leben in friedlicher Koexistenz in einer nimmer endenden, weil sich immer erneuernden Pflanzenwelt.

Die Natur steht uns nicht als ein Haufen zufällig verstreuter Abfälle zur Verfügung, sondern als eine Gabe des Schöpfers, der die ihr innewohnenden Ordnungen gezeichnet hat, damit der Mensch daraus die gebotenen Schlüsse zieht, damit er sie bebaue und hüte.“ (1. Buch Mose, Altes Testament)

Wir erwarten, dass die Herren Oberbürgermeister den Wert der Schöpfung achten, ihn zum Guten des Menschen und der Erde nutzen - und ihr Konzept aufgeben - um für uns und die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder auch noch einen Rest an lebenswertem Freiraum zu erhalten.“³⁷

³⁷ https://www.bistum-hildesheim.de/fileadmin/dateien/Unterbereiche/Umwelt/01_Umwelt_Klimaschutz/Kreuzweg_der_Schoepfung/2017/salzgitter/kreuzweg-der-schoepfung-klingebiel-salzgitter.pdf

15 Sicherheitskonzept

Viele Bürger stellen diese kritischen Fragen:

Was ist eigentlich los, wenn auf dem Gelände des geplanten Industrie- und Gewerbegebietes abends oder nachts oder am Wochenende etwas passieren sollte? Vielleicht ein Verkehrsunfall, ein Einbruch, eine Schlägerei. Kommt dann die Polizei (vorausgesetzt natürlich, sie würde überhaupt von jemand gerufen)?

Die nächste Polizeistation ist in Thiede, die ist aber nachts nicht besetzt. Die übernächste ist in Rünigen, aber auch die ist nachts nicht besetzt. Erst sehr viel weiter in Lebenstedt oder noch weiter in der Weststadt nach Braunschweig ist auch abends und nachts die Polizei besetzt.

Ein Beispiel aus einem bereits real existierenden, etwas außerhalb gelegenen Gewerbegebiet, dem Vernehmen nach kein Einzelfall:

Einbrecher knacken Tresor in einer Autowerkstatt³⁸

Braunschweig Einbrecher waren am Wochenende im Gebiet Hansestraße/Adam-Opel-Straße aktiv. Die Polizei registrierte dort fünf Einbrüche in Firmengebäude. Die Schadenshöhe ist noch nicht bekannt.

Die Täter erbeuten eine größere Summe Bargeld. Im Umfeld des Tatortes in der Hansestraße stellt die Polizei mindestens vier weitere Einbrüche fest. ... Wie groß der Schaden ist, steht bisher noch nicht genau fest. Die Täter müssen sich über einen längeren Zeitraum dort aufgehalten haben, so dass die Polizei auf Hinweise auf verdächtige Personen oder Fahrzeuge hofft.

[BZ, 14.03.2017]³⁹

Bislang liegt kein Sicherheitskonzept für den geplanten Standort vor. Viele Bürger sind verängstigt.

³⁸ BZ, 14.03.17 "Einbrecher knacken Tresor in einer Autowerkstatt"

³⁹ Nr.15/19, Begründung für ein Industrie-/Gewerbegebiet "ohne Beschränkungen":

"Machbarkeitsstudie Watenstedt",

http://www.niw.de/uploads/pdf/publikationen/Machbarkeitsstudie_Salzgitter_Watenstedt.pdf